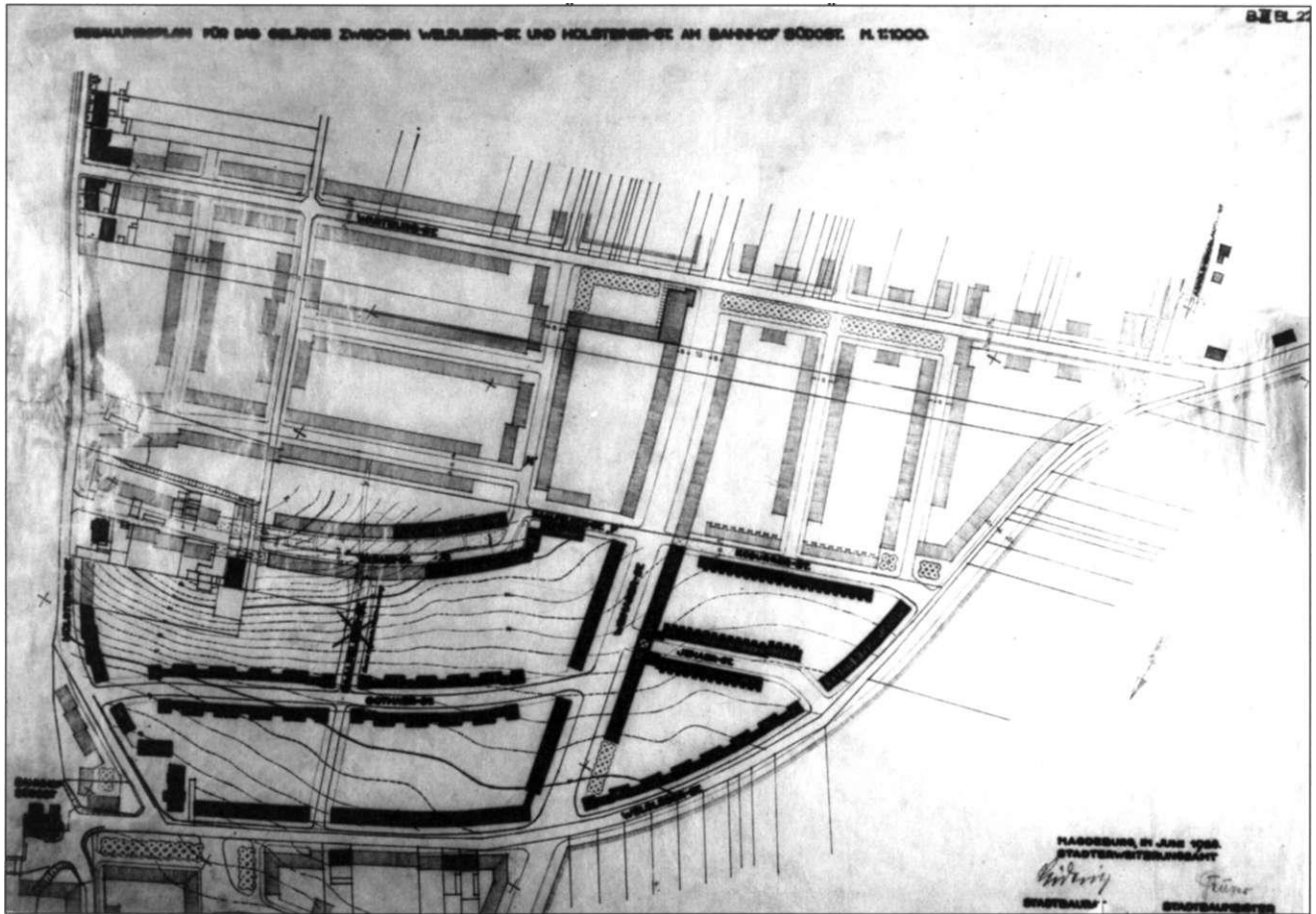
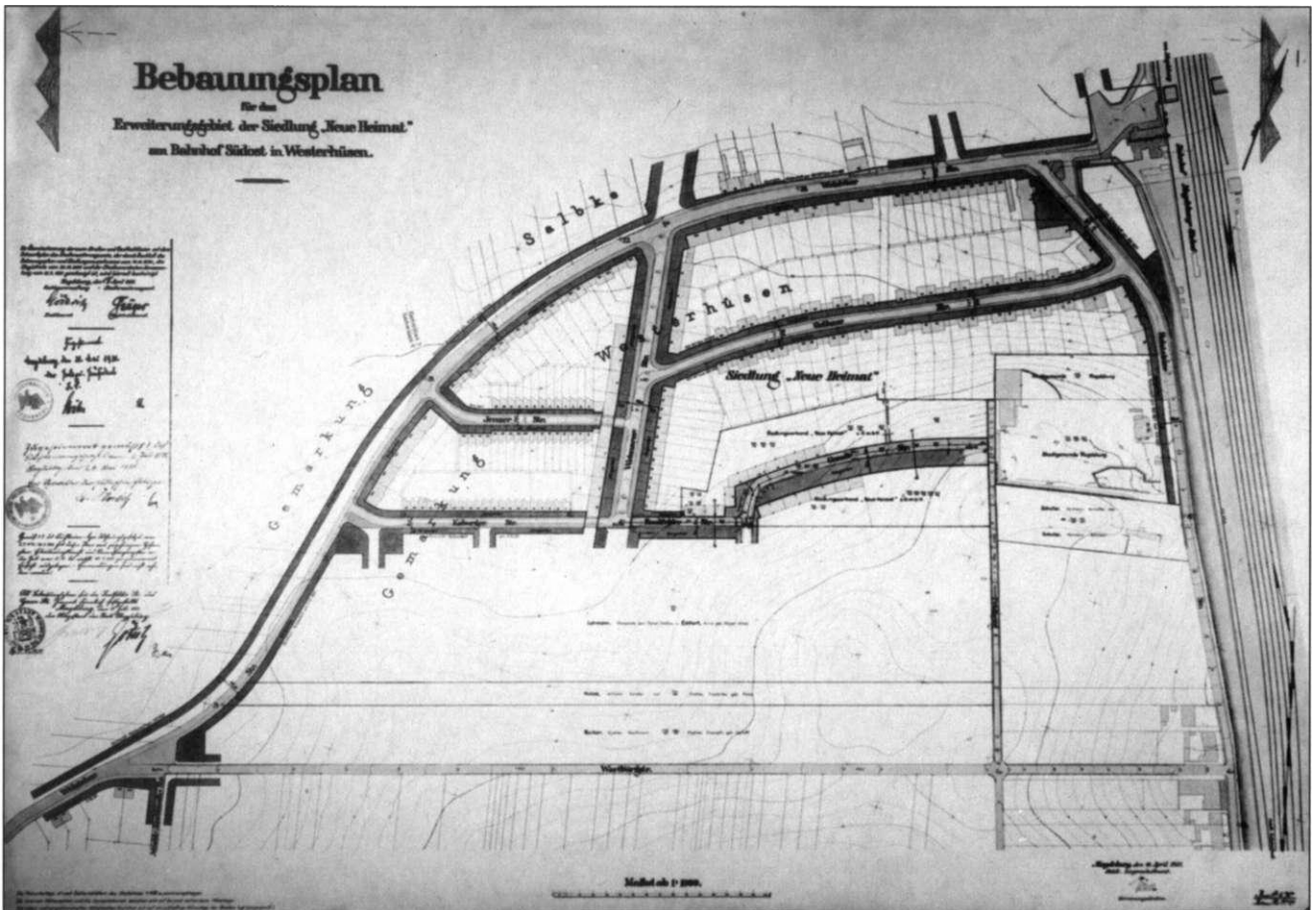


36 B-Plan-Entwurf für das Gelände zwischen Sohlener und Welsleber Straße in Südost 1925



37 B-Plan für das Gelände zwischen Welsleber und Holsteiner Straße am Bahnhof Südost, 1928



38 B-Plan Siedlung „Neue Heimat“, Westerhüsen, 1931



39 B-Plan Westerhüsen, ca. 1932

hof im Süden und der Ortsmitte von Salbke im Norden vor (vgl. Abb. 35). Dieser Plan beschrieb ausgehend vom Gestaltungskonzept für den Friedhof Straßen- und Platzstrukturen auf dem hier untersuchten - damals noch

künftigen - Siedlungsgelände. Hauptachsen dieses Konzeptes bildeten die Welsleber, die Wartburg und die Sohlener Straße. Der Bereich um den Bahnhof Südost war als sternförmiger Platz ausgelegt worden. Wesent-

liche Ansätze späterer Bebauungskonzepte waren in diesem sehr frühen Fluchtlinien- und Gestaltungsplan bereits festgehalten worden.

Im November 1920 wurde im Planungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung der Entwurf eines B-Planes für das Gelände südlich der Dorflage von Westerhüsen behandelt, der sich mit der notwendigen Entwicklung des Vorortes und der Ansiedlung von Gebäuden und Anlagen für die konzipierte Vorortbahn nach Schönebeck befaßte⁽¹²⁾. Damit manifestierte sich kurz nach dem I. Weltkrieg erneut der Bedarf an Erweiterungsplänen für Westerhüsen.

Im Januar 1921 wurde schließlich ein Fluchtlinienplan für die Sohlener Straße zwischen km 12,5 (diese Angabe bezieht sich auf die Bahnlinie) und Holsteiner Straße vorgelegt⁽¹³⁾, der sowohl auf das Ersuchen des Naturheilvereins Westerhüsen e.V. vom September 1919, als auch der Siedlungsgenossenschaft Magdeburg-Südost vom August 1920 nach Bebaubarkeit ihrer Parzellen beiderseits der Sohlener Straße reagierte. Ausgehend von der Eisenbahnüberführung wurden auf einer Strecke von 1200m Straßenfluchtlinien und Vorgartenbereiche sowie Einmündungen für künftige Nebenstraßen festgelegt bzw. die Wegeverbindung zum Friedhof aufgenommen.

Nach diesem Plan konnte 1923-25 die Bebauung an der als Privatstraße geführten Arnold-Knoblauch-Straße realisiert werden.

Im Februar 1925 legte das Stadterweiterungsamt aus den Händen von Gerhard GAUGER einen umfänglichen Entwurf zu einem Bebauungsplan für das Gelände zwischen Sohlener und Welsleber Straße in Magdeburg Südost vor (vgl. Abb. 36). Er beschrieb den später in den Gesamt-Bebauungsplan so aufgenommenen Teil SÜDOST (vgl. Abb. 31) relativ detailliert in seiner Mischung aus geschlossener und offener Bauweise, der Anlage von Hauptstraßen, Plätzen (sogar mit einer Kirche!) und Sportanlagen. Die Struktur des 1. Bauabschnittes an der Welsleber Straße wurde damit bereits prinzipiell angedeutet.

Im Februar 1926 erfolgte die Festsetzung eines Bebauungsplanes für das Gelände zwischen Welsleber und Holsteiner Straße am Bahnhof Südost⁽¹⁴⁾.

Dieser im Magdeburger Amtsblatt als solcher angekündigte Bebauungsplan⁽¹⁵⁾ reagierte auf den Baubedarf des Siedlungsverbandes Neue Heimat e.G.m.b.H., die an der Welsleber Straße 6 ha Land erworben hatte. Prinzipiell sah der Plan 3 Verkehrsstraßen vor: die vorhandene, mit zweigeschossigen Gruppenhäusern zu bebauende Welsleber Straße und die mit dreigeschossigen Reihenhäusern zu bebauende Holsteiner Straße, sowie die spätere Weimarer Straße mit 8 m breiten Vorgärten, die als Verbindung zwischen Friedhof und Metzger Stra-

ße in Salbke gedacht wurde. Außerdem sah dieser Plan die endgültige Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes vor.

Im Juni 1928 wurde dieser eben beschriebene Bebauungsplan in einer präzisierten Fassung des Stadterweiterungsamtes von Gerhard GAUGER vorgelegt (vgl. Abb. 37). Er enthielt den Vorschlag zum Verzicht auf die Saalfelder Straße und das Konzept zur Bebauung der westlichen Geraer Straße, wie sie schließlich auch ausgeführt wurde.

Im April 1929 beantragte der Bebauungsplanungs- und Siedlungsausschuß offiziell eine Abänderung des Bebauungsplanes für die Siedlung „Neue Heimat“ am Bahnhof Südost⁽¹⁶⁾, die konkret die Aufhebung der nicht bebauten Saalfelder Straße enthielt, um die entsprechende wirtschaftliche Belastung des Siedlungsverbandes „Neue Heimat“ zu vermeiden.

Im Mai 1929 wurde für die Erweiterung der Siedlung „Neue Heimat“ eine Abänderung des vorhandenen Fluchtlinienplanes zur Verlängerung der Welsleber und der Weimarer Straße bis zur Wartburgstraße sowie die Anlage einer Parallelstraße südlich der Jenaer Straße beantragt⁽¹⁷⁾.

Der im April 1931 durch das städtische Liegenschaftsamt vorgelegte Bebauungsplan für die Erweiterung der Siedlung „Neue Heimat“ schrieb schließlich die Baufluchten für die Geraer Straße bis zum Gelände der ehemaligen Maschinenfabrik und die Koburger Straße sowie die Verlängerung der Welsleber Straße entsprechend fest (vgl. Abb. 37).

Die im April und Mai 1932 für die Gebiete westlich der Arnold-Knoblauch-Straße und südlich der Siedlung „Neue Heimat“ bis zur Wartburgstraße diskutierten Bebauungsplanentwürfe⁽¹⁸⁾ reagierten in einer Zeit, wo andernorts in Magdeburg Erwerbslosensiedlungen explizit errichtet wurden, auf Bauabsichten in Westerhüsen, die u.a. der Gartenbauverein „Selbsthilfe“ äußerte.

Für die im Außenbereich liegenden Teile westlich der Arnold-Knoblauch-Straße wurden offene Bebauungen und südlich der Geraer Straße zweigeschossige Einfamilienhäuser mit entsprechenden Vorgärten vorgeschlagen.

Ein abschließender Blick auf ein Kartenblatt aus dem Jahre 1932 aus dem Stadtvermessungsamt (vgl. Abb. 39) zeigt, in welcher Weise sich zu diesem Zeitpunkt das ursprüngliche Bebauungskonzept innerhalb weniger Jahre unter sich dramatisch verändernden wirtschaftlichen Bedingungen des Wohnungsbaus gewandelt hatte. Die Bebauungspläne wurden im wahrsten Sinne des Wortes „angepaßt“ und nicht ohne Grund konstatierte der Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg für die Jahre 1932/33 im Bezug auf die Tätigkeit des Stadterweiterungsamtes, daß die Hauptarbeit darin bestanden hatte, die Entwicklung der geschlossenen Bebauungs-

formen in die gelockerte und im Ausbau wesentlich bescheidenere Siedlungsform in geregelte Bahnen zu leiten⁽¹⁹⁾.

Das konnte im Detail anhand der Planungen für den Bereich in Westerhüsen nachgewiesen werden.

2.2.3. Auseinandersetzung mit dem Bebauungskonzept der Siedlung

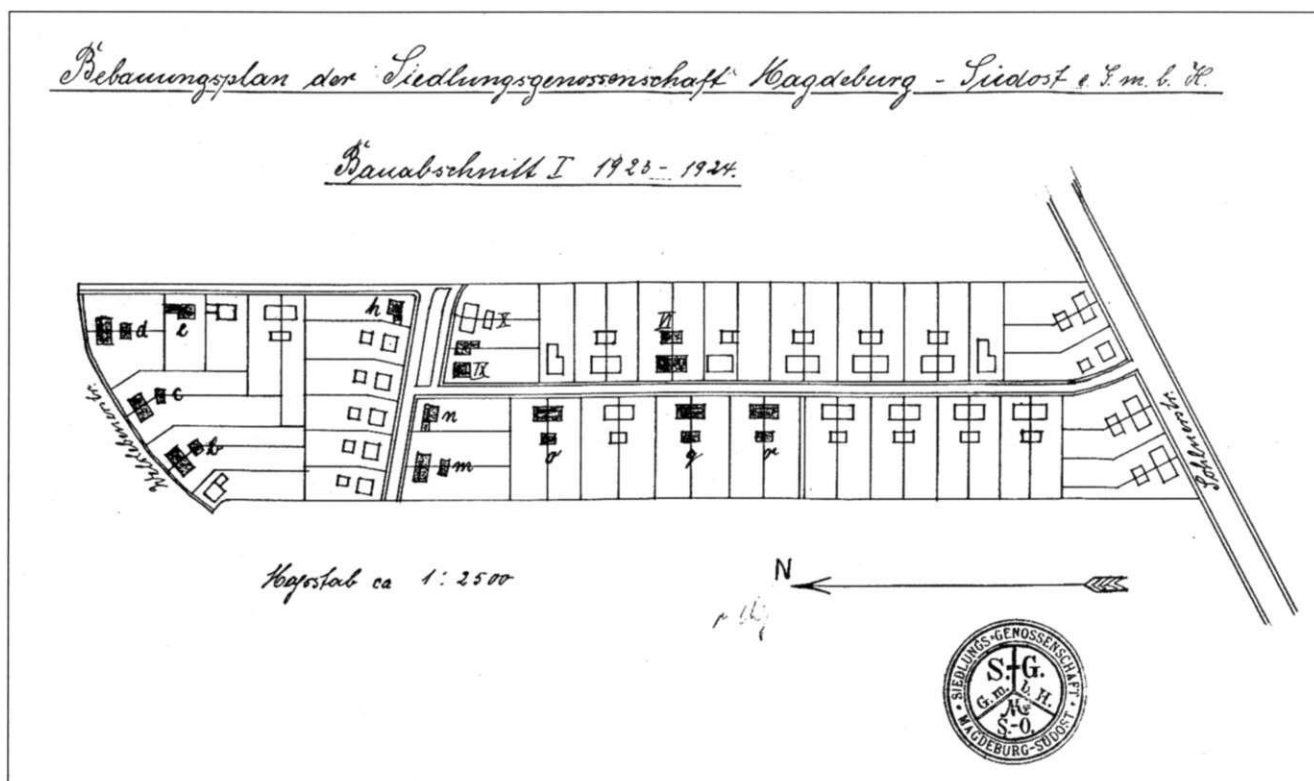
Neben den offiziellen Planungsdokumenten geben auch die aus den Akten der Bauherren dokumentarisch zu belegenden Auseinandersetzungen mit den konkreten Bebauungskonzepten Aufschluß über den widersprüchlichen und von den politischen sowie wirtschaftlichen Bedingungen der Entstehungszeit geprägten Realisierungsprozeß der untersuchten Siedlungsbereiche in Westerhüsen.

Neben den bereits 1919 durch den Naturheilverein Westerhüsen geäußerten Vorschlägen zum Bau von Wohnhäusern in Lehmstampfbauweise auf einem ihm gehörenden Grundstück an der Sohlener Straße fanden sich im Stadtteil Westerhüsen weitere Bauabsichten, die in ihren konkreten Vorstellungen die unmittelbar nach dem I. Weltkrieg in Magdeburg insgesamt zu verzeichnende Situation auf dem Wohnungsbausektor charakterisierten, wo drängende Wohnungsnot, Notverordnungspolitik und bereits in den Vorkriegs- oder Kriegsjahren entwickelte Vorstellungen zum Ausdruck kamen.

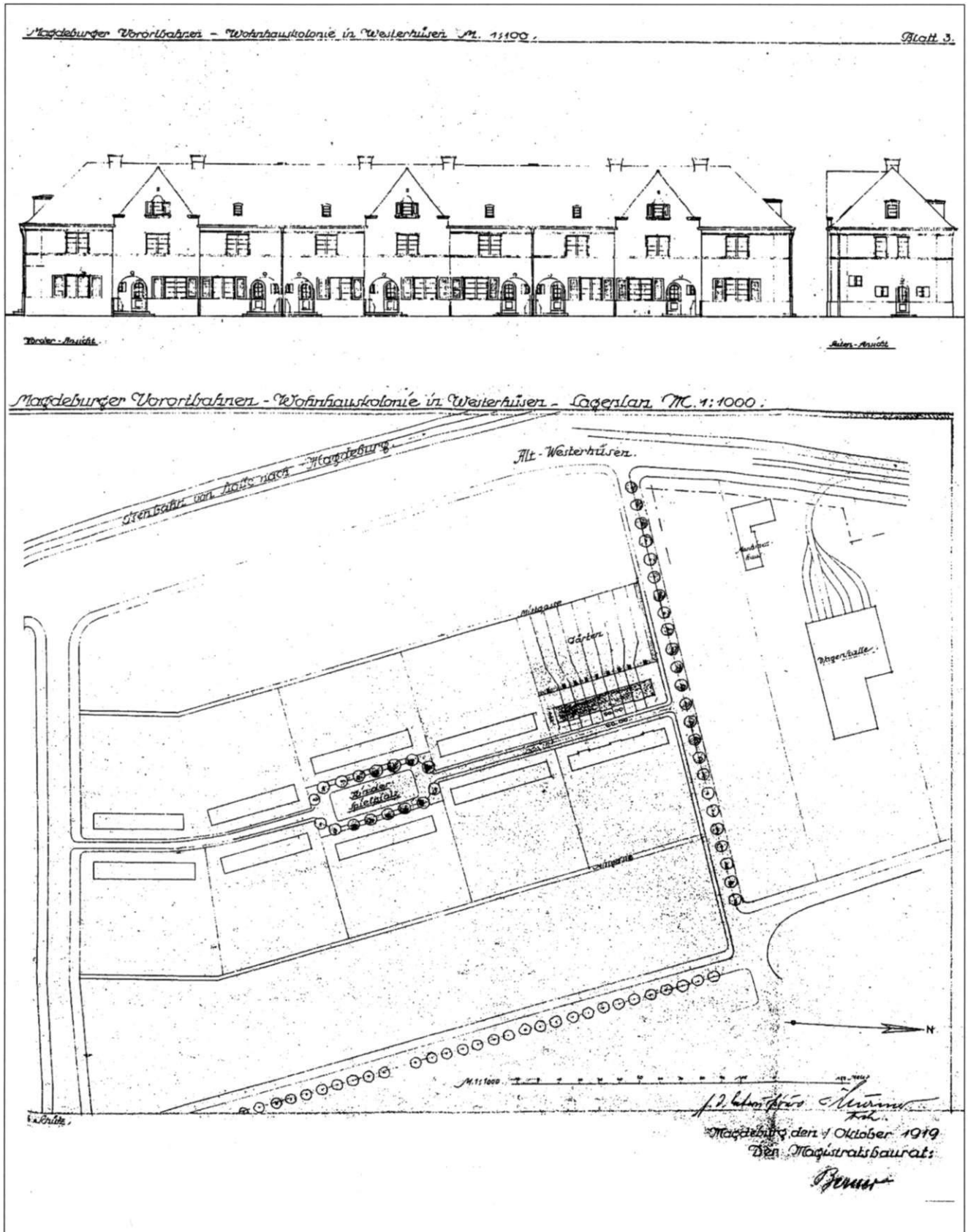
Am 1. Oktober 1919 stellte der Magistratsbau rat BERNER einen Bauantrag zur Errichtung einer Wohnhauskolonie für die Vorortbahn auf dem städtischen Grundstück in Westerhüsen am Sieck⁽²⁰⁾. Die Wohnhausgruppe sollte aus 9 Reihenhäusern bestehen und sich in ein dem Gartenstadtgedanken entlehntes städtebauliches Konzept einfügen. Für jede der zweigeschossig angelegten Wohnungen waren 300 qm Gartenland vorgesehen. Die vorgeschlagene Architektur entsprach einer z.B. an Heinrich TESSENOW angelehnten Haltung und damit dem unmittelbaren Zeitgeist (vgl. Abb. 40).

Bereits fünf Monate später wurde wegen zu hoher Baukosten Abstand von dem Vorhaben genommen. Immerhin hatte es Eingang in den bereits erwähnten Bebauungsplanentwurf südlich der Ortslage Westerhüsen gefunden.

Planerische Vorstellungen zur Errichtung von Kleinhaus-siedlungen oder auch „Kleinsthauskolonien als Stadtdorfanlagen“ zur Behebung der Wohnungsnot gab es zu Beginn der 20er Jahre in Magdeburg nicht nur bei den potentiellen Bauherren und Bauträgern - den Siedlungsgenossenschaften, sondern auch in der Verwaltung. D. WEISSHAUPT, Leiter des Hochbauamtes III, beschrieb im Oktober 1921 in einem verwaltungsinternen Artikel ein Wohnhausprogramm⁽²¹⁾, das von der Schaffung eines Ringes von „Stadtdorfanlagen“ ausging, die in Form von 6 Kleinsthauskolonien im Stadtgebiet installiert und durch Selbsthilfetätigkeit der Siedler ent-



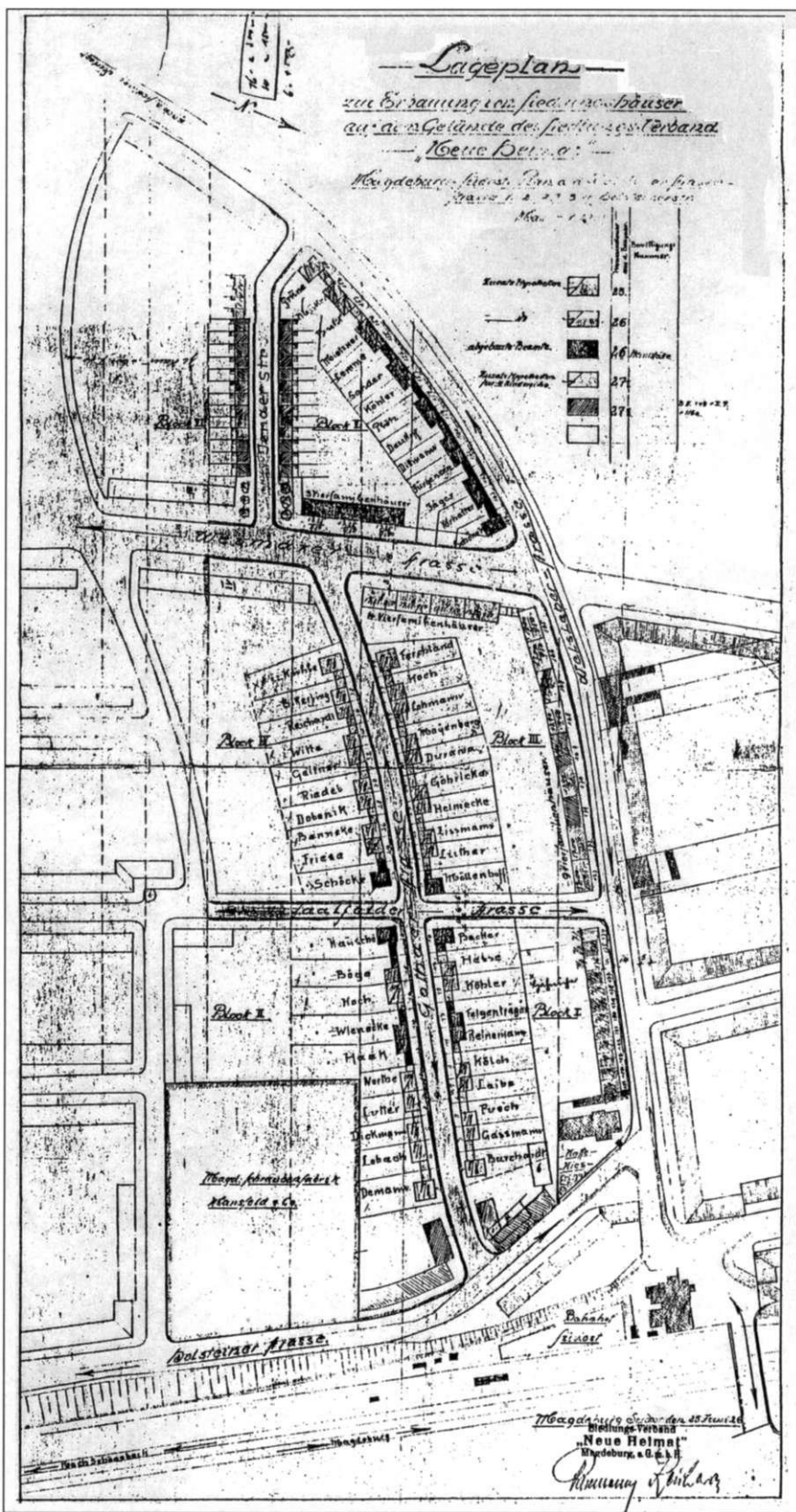
41 Bebauungsplan der Siedlungsgenossenschaft Magdeburg-Südost e. G. m. H. (Bauabschnitt 1923-24)



40 Nicht ausgeführter Plan für eine Wohnhauskolonie der Magdeburger Vorortbahnen in Westerhüsen (1919)

wickelt werden sollten. Im 1919 gebildeten Verein für Kleinwohnungswesen und in der Mitteldeutschen Heim-

stätte e.G.m.b.H. sah er die gegebenen Träger bzw. Organisatoren für solche Projekte.



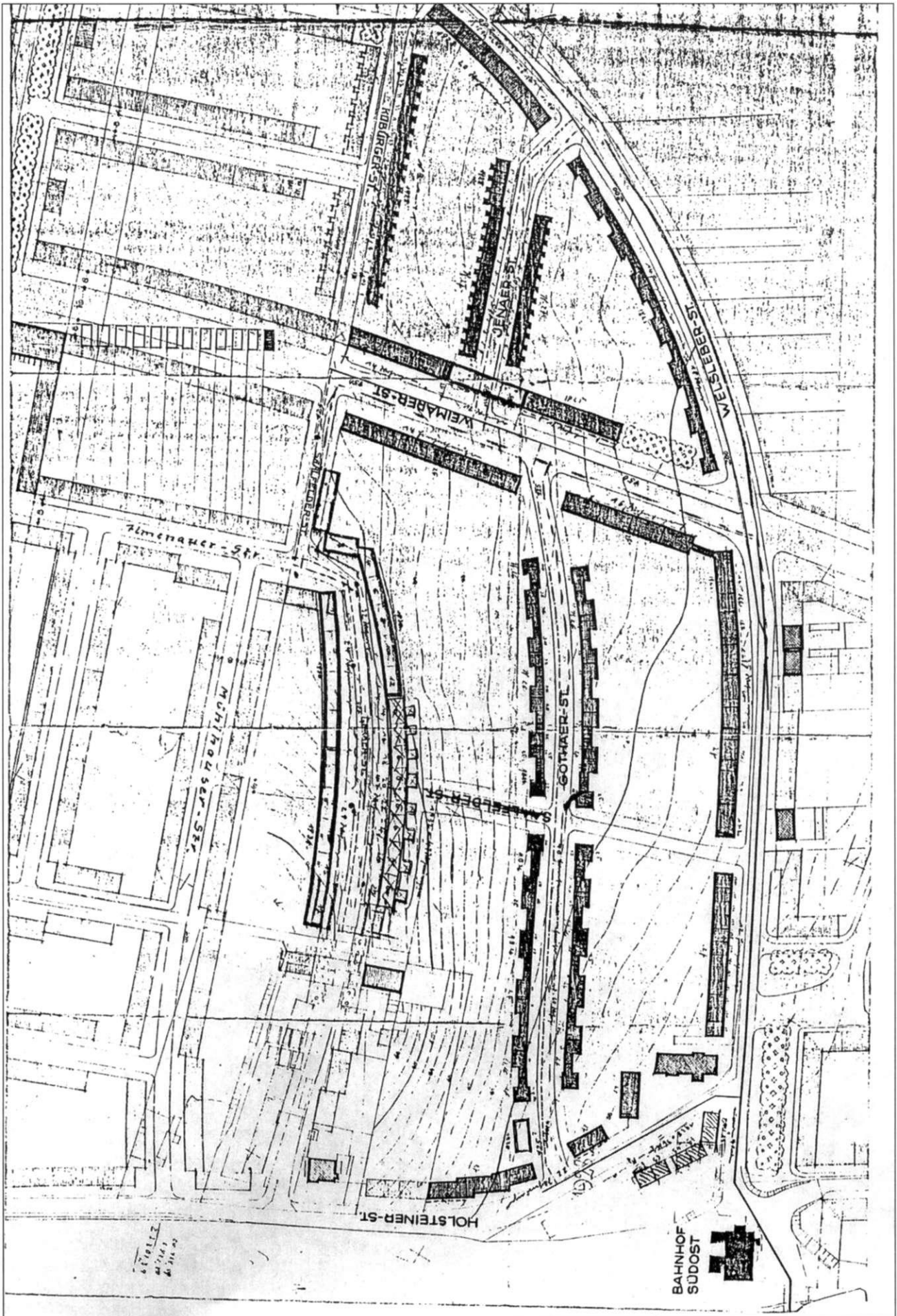
42 Lageplan zur Erbauung von Siedlungshäusern auf dem Gelände des Siedlungs-Verbandes „Neue Heimat“ (1926)

Da die Siedlungsgenossenschaft Südost bereits im August 1920 um die Aufstellung eines B-Planes zwischen Sohlener und Holsteiner Straße ersuchte, ist anzunehmen, daß die real vorhandenen Bestrebungen in solchen Organisationen durch die Stadtverwaltung beispielsweise in dem beschriebenen Konzept aufgegriffen wurden. Der Bebauungsplan der Siedlungsgenossenschaft Magdeburg-Südost e.G.m.b.H. für den 1. Bauabschnitt 1923-24 an der Arnold-Knoblach-Straße für die Errichtung einer vorstädtischen Siedlung in Selbsthilfetätigkeit (vgl. Abb. 41) verkörperte somit ein zu Beginn der 20er Jahre diskutiertes „Staddorfkonzept“.

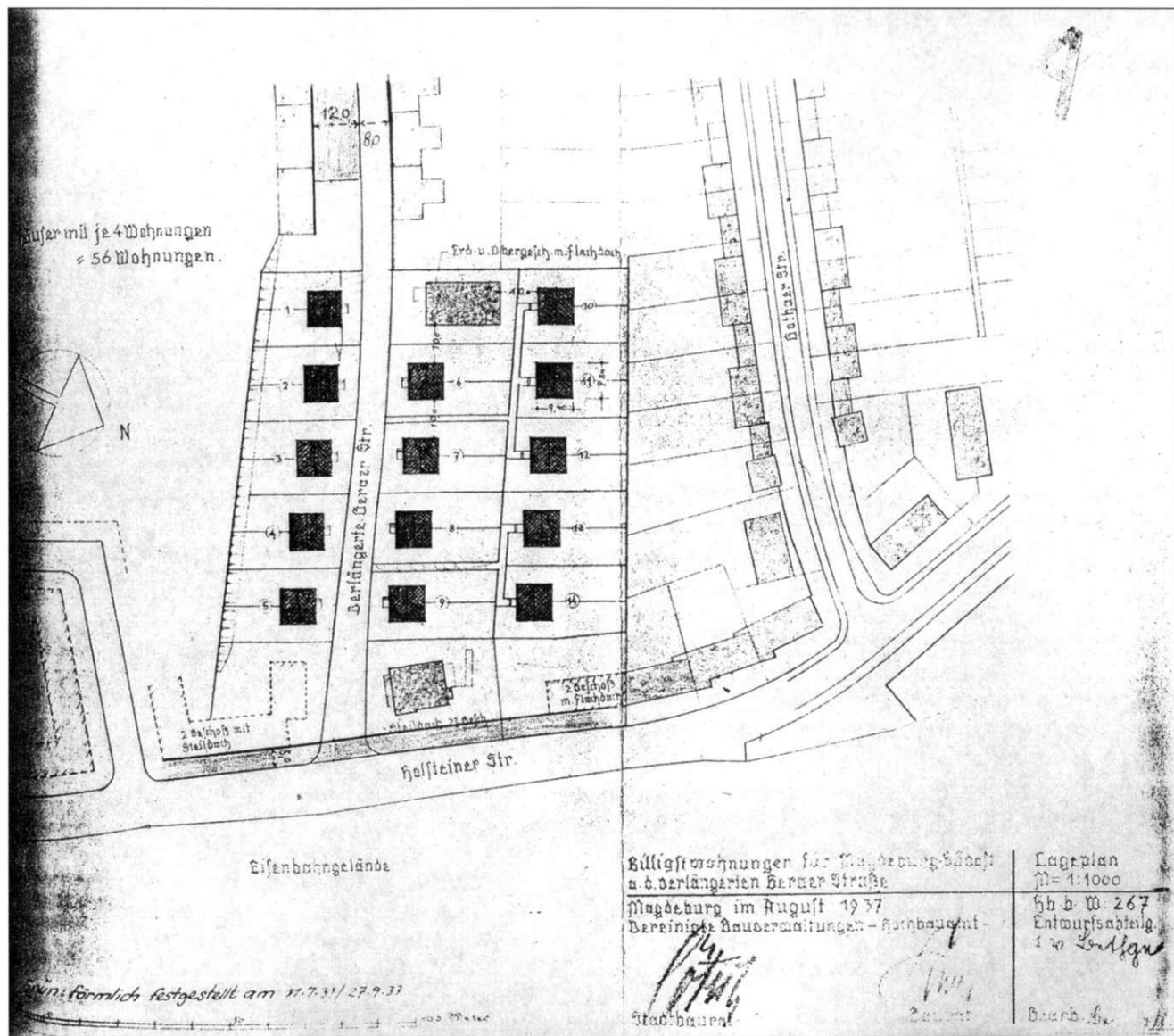
Nachdem ab 1925 die beschriebene offizielle Bebauungsplanung für das Baugelände der „Neuen Heimat“ nach Entwürfen des Stadterweiterungsamtes - und hier speziell durch Conrad RÜHL und Gerhard GAUGER - eingesetzt hatte und 1926 ein entsprechender Bebauungsplan förmlich festgesetzt worden war, beschäftigte sich der Siedlungsverband „Neue Heimat e.G.m.b.H.“ im Verbund mit der ebenfalls als Bauherrin auftretenden Siedlungsgenossenschaft des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen mit der Umsetzung dieser planerischen Vorgaben. Der Blick auf ein präzisiertes Konzept vom Juni 1926 (vgl. Abb. 42) verdeutlicht die Zuweisung von zu beteiligenden Genossenschaftlern an der Gothaer und oberen Welsleber Straße, wo die Reihenhäuser mit Zollingerdächern errichtet werden sollten.

Die konkreten Vorschläge für die Bebauung an der Holsteiner und Weimarer Straße fehlten auf diesem Konzept noch.

Eine weitere Phase konzeptioneller Auseinandersetzungen mit dem offiziellen Bebauungskonzept findet sich auf einer Planung des Sied-



43 Änderung des Bebauungskonzepts in der Geraer Straße und an der Holsteiner Straße (ca. 1935)



44 Bebauungskonzept für Billigstwohnungen an der verlängerten Geraer Straße in Magdeburg-Südost (1937)

lungsverbandes „Neue Heimat“ nach 1933 (vgl. Abb. 43). Nachdem die Bebauung an der Geraer Straße realisiert worden war und die zwar konzipierte Saalfelder Straße als nord-süd-gerichtete Verbindung zwischen Welsleber und Geraer Straße aus dem Konzept gestrichen bzw. nach Süden verlegt worden war, fanden hier Auseinandersetzungen um die Einordnung von Sparwohnungsgrundrissen als Fortsetzung der Bebauung der Geraer Straße und die konkrete Ausführung der Bebauung an der östlichen Holsteiner Straße im Bereich des Bahnhofes statt. Diesen konzeptionellen Überlegungen lag der Bebauungsplanentwurf von 1928 aus dem Stadterweiterungsamt zugrunde, der die konzeptionellen Ansätze aus dem Jahre 1925 seinerseits bereits präzisiert hatte.

Ein abschließender Schritt der Konkretisierung des Bebauungskonzeptes im untersuchten Siedlungsbereich

wurde wieder durch die 1934 im Zuge der Umstrukturierung der Planungsinstitutionen von den Nationalsozialisten gebildete Vereinigte Bauverwaltung der Stadt selbst getan. Sie konzipierte 1937 unter dem Vorzeichen drohender Wohnungsnot und Sparpolitik auf dem durch die Stadt erworbenen Gelände der ehemaligen Schraubenfabrik an der Holsteiner Straße eine Siedlung mit 14 Häusern zur Unterbringung von je 4 Billigstwohnungen (vgl. Abb.44), die an der verlängerten Geraer Straße errichtet werden sollten, auf der Nordseite der Straße sogar in einer zweiten Reihe.

Aus dem hier skizzierten Prozeß der Auseinandersetzung um das jeweils realisierbare Bebauungskonzept leiteten sich schließlich die bis heute existenten Gebäudestrukturen und Straßenräume ab, die im folgenden noch einmal zusammengefaßt und hinsichtlich ihrer Entstehungszeit eingeordnet werden sollen.

2.2.4. Bebauungsabschnitte der Siedlung

1923-1925

In diesem Zeitraum realisierte die Siedlungsgenossenschaft Südost e.G.m.b.H. vor allem in Selbsthilfe ihrer Mitglieder die Bebauung an der Arnold-Knoblauch-Straße, am Netzfeld und am südlichsten Abschnitt der Welsleber Straße (vgl. Abb. 45). Die Einzel- oder Doppelhäuser wurden nach dem System Zollbau (siehe Kap. 3.2.) errichtet.

1926-1928

In diesen drei erfolgreichsten Jahren des gemeinnützigen Wohnungsbau der Weimarer Zeit in Magdeburg bebaute der Siedlungsverband Neue Heimat G.m.b.H. in Verbindung mit der Mitteldeutschen Heimstätte e.G.m.b.H. als Wohnungsfürsorgegesellschaft fast das gesamte Gelände des ursprünglichen, 1926 verabschiedeten Bebauungsplanes zwischen Welsleber und Holsteiner Straße am Bahnhof Südost.

In dieser Zeit entstanden in Regie der Neuen Heimat die zwei- und dreigeschossigen Gebäudegruppen mit Flachdächern an der Holsteiner Straße (vgl. Abb. 46 und 47) und die zweigeschossigen Gebäudezeilen mit Steildächern an der Weimarer Straße (vgl. Abb. 48) sowie an der unteren Welsleber Straße zwischen Holsteiner und Weimarer Straße.

Die Siedlungsgenossenschaft des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen errichtete unter Beteiligung ihrer Mitglieder die Gebäude beiderseits der Gothaer Straße (vgl. Abb. 49) und an der Welsleber Straße zwischen Weimarer und Jenaer Straße in Zollinger-Bauweise als eingeschossige Reihenhäuser mit der typischen Steildach-



46 Holsteiner Straße, Zickzackhaus Rückfront (1926)

tonne. Außerdem stammen von ihr aus der selben Zeit die zweigeschossigen Reihenhausezeilen beiderseits der Jenaer Straße und an der Koburger Straße (vgl. Abb. 50).

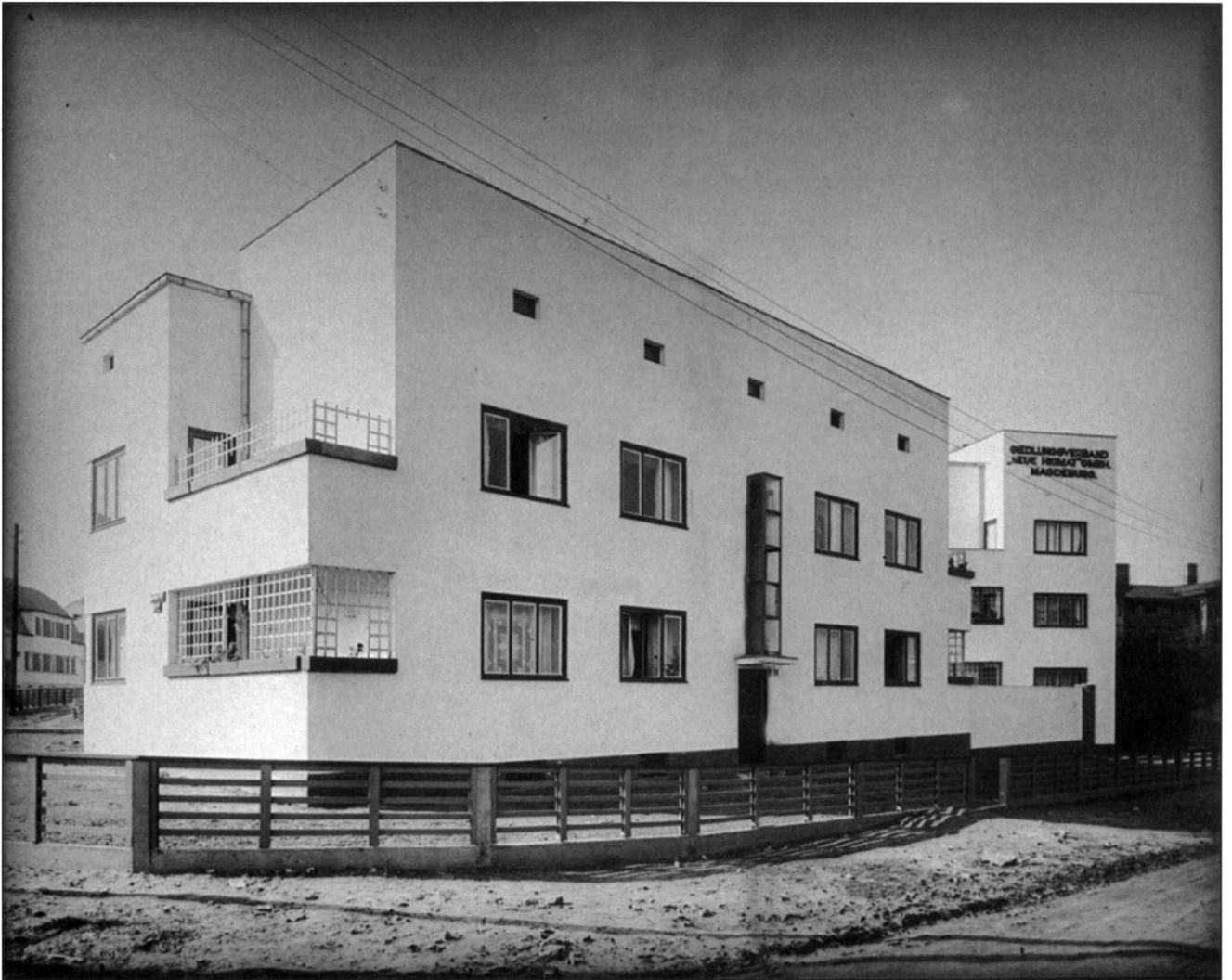


45 Arnold-Knoblauch-Straße 26-38 (30er Jahre)

1930-1933

Ab 1929 agierten die Mitteldeutsche Heimstätte und der Siedlungsverband Neue Heimat im 1919 gegründeten Magdeburger Verein für Kleinwohnungswesen. Ab 1930 wurde an der unteren Gothaer Straße in dieser Konstellation ein zweigeschossiges Wohngebäude mit Flachdach ergänzt und der Abschnitt der Saalfelder und der Geraer Straße mit Flachdachgebäuden errichtet (vgl. Abb. 51).

Noch 1933 wurden auch die eingeschossigen Doppelhäuser an der unteren Ilmenauer Straße (vgl. Abb. 52) und an der Nordseite der Mühlhäuser Straße begonnen.



47 Holsteiner Straße, Doppelhaus Vorderfront (1926)

1935-1937

Nach einer Zeit der politischen und verwaltungstechnischen Umorientierung wurden die bereits von Sparmaßnahmen geprägten Kleinstwohnungen als Ergänzung der Bebauung an der Nordseite der Gerarer Straße errichtet. Außerdem wurde die Westseite der Ilmenauer Straße bebaut.

1938

Die in diesem Jahr realisierte Bebauung auf dem untersuchten Siedlungsgelände trug eindeutige Züge des Magdeburger Wohnungsbaus in der Zeit des Nationalsozialismus. An der Holsteiner Straße im Bereich des Bahnhofes Südost wurden auch andernorts in der Stadt zu verzeichnende Gebäudetypen mit Steildach und



48 Rückfront Weimarer Straße (1926)



49 *Gothaer Straße (1926)*



50 *Jenaer Straße (1926)*



51 Geraer Straße (30er Jahre)



52 Ilmenauer Straße 7/11/15 (30er Jahre)

53 *Holsteiner Straße 1a-6a (30er Jahre)*

traditionalistischer sparsam gestalteter Fassade gruppiert (vgl. Abb. 53).

Außerdem wurde die bereits erwähnte Siedlung für Kinderreiche und Obdachlose an der östlichen Geraer Straße mit ebenfalls traditionellen Architekturmerkmalen errichtet (vgl. Abb. 54).

Abschließend sei bemerkt, daß sich anhand der Bautappen (vgl. Abb. 55) in den Siedlungsbereichen von Westerhüsen fast der gesamte typologische Wandel des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Magdeburg zwischen den beiden Weltkriegen nachvollziehen und ablesen läßt. Die einzelnen Gebäudetypen werden im Kapitel 5 noch einmal detailliert vorgestellt.

54 *Siedlung auf dem Gelände der ehemaligen Schraubenfabrik an der Geraer Straße (1938)*

(1) Diese und zahlreiche folgende Angaben entstammen der Ortschronik von Westerhüsen, die im Magdeburger Stadtarchiv als Manuskript von Friedrich GROSSHENNIG, dem ehemaligen Pfarrer von Westerhüsen, vorliegt.

(2) BUCHHOLZ, Ingelore u.a.: Magdeburg - ein historischer Führer, S. 27

(3) Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg 1921 - 25, S. 44

(4) PETERS, O.: Die städtebauliche Entwicklung von Magdeburg in den letzten drei Jahrzehnten, S. 353

(5) Ortschronik von Westerhüsen Teil II, S. 59f.

(6) Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg 1921 - 25, S. 45

(7) RÜHL, Conrad: Stadterweiterungspläne, S. 500

(8) RÜHL, Conrad: Magdeburgs städtebauliche Entwicklung, ohne Seitenzahl (Sonderdruck)

(9) RÜHL, Conrad: Stadterweiterungspläne, S. 501

(10) Bauordnung für die Stadt Magdeburg vom 1.10.1928, S. IX

(11) vgl. EBERSTADT, Rudolf: Handbuch für das Wohnungswesen, S. 664, 669, 671

(12) vgl. Rep. 18,4; Nr. 8, B 31, Bd. 6

(13) ebda.

(14) ebda.

(15) Amtsblatt der Stadt Magdeburg 1926, S. 375

(16) vgl. Rep. 18,4; Nr. 9, B31, Bd. 7

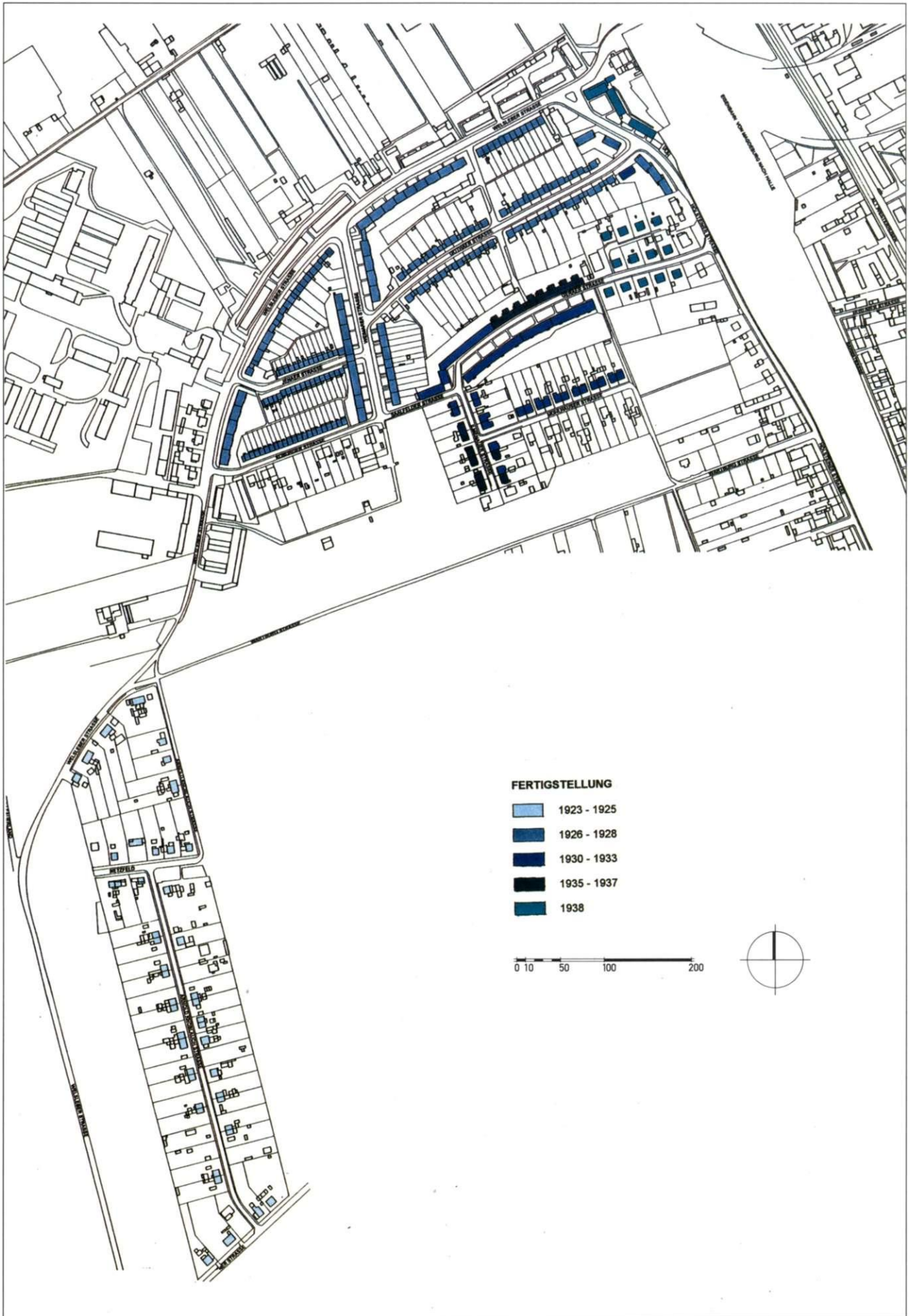
(17) ebda.

(18) vgl. Rep. 18,4; Nr. 9, B31, Bd. 8

(19) Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Magdeburg 1932/33, S. 106

(20) vgl. Rep. 30, Bp 8

(21) vgl. WEISSHAUPT, D.: Kleinhauskolonien in Form von Stadtdorfanlagen zur Behebung der Wohnungsnot.



3. GENOSSENSCHAFTEN UND MODERNE BAUTECHNOLOGIEN ALS INDIKATOREN DER SIEDLUNGSENTWICKLUNG

3.1 DIE BAUHERREN IN SÜDOST

Alle zwischen 1923/24 und 1930/31 entstandenen Wohnungen des heute denkmalgeschützten Bereiches in Magdeburg-Südost wurden von gemeinnützig tätigen Wohnungsbaugenossenschaften errichtet, die nach dem I. Weltkrieg in der gesamten Stadt die entscheidenden Bauträger für die Entwicklung des Kleinwohnungsbaus geworden waren.

Gehörten ihnen vor dem I. Weltkrieg ca. 1800 Wohnungen (knapp 2,5% des damaligen Gesamtbestandes), so erhöhte sich dieser Anteil auf 11 950 Wohnungen (13% des zeitgenössischen Gesamtbestandes) im Jahre 1930⁽¹⁾. 1925 - also zu Beginn der Erschließung und Bebauung der Siedlungsbereiche in Westerhüsen - waren es erst 2960 Wohnungen gewesen⁽²⁾.

Der genossenschaftliche Wohnungsbau für die minderbemittelten Schichten und in Form von Kleinwohnungsbau entsprach einer allgemeinen Tendenz in den deutschen Groß- und Industriestädten, wo gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine entsprechende Reichsgesetzgebung die rechtlichen Bedingungen dafür geschaffen hatten⁽³⁾. Insgesamt verdreifachte sich zwischen dem Ende des I. Weltkrieges und 1929 die Zahl der Genossenschaften in Deutschland und es war laut EBER-

STADT⁽⁴⁾ ein Bestreben zu Zusammenschlüssen auf kommunaler, regionaler und Reichs-Ebene zu beobachten.

Ein solcher Prozeß fand auch in Magdeburg statt, wo 1919 aus bereits 6 bestehenden Genossenschaften auf Grund gemeinsamer Interessen eine lose Vereinigung gebildet wurde, die 1920 als Verein eingetragen wurde und aus dem 1921 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung: Der VEREIN FÜR KLEINWOHNUNGSWESEN hervorging, dessen Geschäftsführer der sozialdemokratische Stadtverordnete W. PLUMBOHM wurde.

In dieser Vereinigung gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hatte die Stadt Magdeburg als Gesellschafterin 51% der Anteile, wobei die zugehörigen Baugenossenschaften im Aufsichtsrat die Mehrheit hielten, während der Stadt der Vorsitz zugesprochen worden war⁽⁵⁾.

Der Verein für Kleinwohnungswesen trat ab 1925 verstärkt als Bauherr auf und funktionierte gleichzeitig für seine Mitglieder als Beratungsorgan und Organisationsform für verschiedene Aspekte der Vorbereitung und Durchführung von Wohnungsbauvorhaben.

So übernahm er die Finanzierung von Zwischenkrediten und konnte günstige Baumaterialgeschäfte anbie-



ten bzw. abwickeln, weil er z.B. eigene Ziegeleien besaß und feste Verbindungen zu eingeführten Bauunternehmen pflegte. Das kam den Wohnungsbaugenossenschaften insbesondere in der Inflationszeit zugute, wie sich beim Bauen an der Arnold-Knoblauch-Straße erweisen sollte⁽⁶⁾.

Schließlich führte der Verein für Kleinwohnungswesen auch Bauberatungen aus und stellte in Zusammenarbeit mit dem Stadterweiterungsamt Baupläne, d.h. Bebauungskonzepte, aber auch Grundrisse und andere Unterlagen zur Verfügung.

In dieser Eigenschaft wurde der Verein für Kleinwohnungswesen insbesondere über sein ausgewiesenes Mitglied, die Mitteldeutsche Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft m.b.H., in Magdeburg-Südost tätig. Nach ihrem zwischen 1921 und 1924 tätigen Geschäftsführer, Regierungsbaumeister Arnold KNOBLAUCH, wurde die Hauptstraße des ersten Siedlungsabschnittes benannt.

Die Mitteldeutsche Heimstätte unterstützte alle drei ursprünglich auftretenden Genossenschaften bei der Realisierung ihrer Bauvorhaben. Das betraf die zunächst ebenfalls im Verein für Kleinwohnungswesen mitarbeitende Siedlungsgenossenschaft Südost, die zwischen 1923 und 1924 die Bebauung der Arnold-Knoblauch-Straße mit Einzel- und Doppelhäusern auf einem ihr gehörenden Grundstück realisierte. Sie bediente sich zum Bau ihrer Häuser des Zollingerschen Schüttverfahrens und der entsprechenden Dachkonstruktion, die es ermöglichten, in den Inflationsjahren in recht weitgehendem Maße ihre Siedlungsgenossen zur Selbsthilfe heranzuziehen (vgl. auch Kap. 3.2.). Außerdem vermerkten die Unterlagen der Siedlungsgenossenschaft Südost, daß bei einer geplanten Bausumme für ein Einzelhaus mit Stallgebäude von ca. 6400 RM durch vorhandenes Material und die Selbsthilfe ca. 1600 RM eingespart werden konnten⁽⁷⁾, was in diesen Zeiten ein erhebliches Maß ausmachte.

1930 vermerkte der Tätigkeitsbericht des Vereins für Kleinwohnungswesen die Auflösung der Siedlungsgenossenschaft Südost als selbständige Organisation⁽⁸⁾, so daß anzunehmen ist, daß diese in den 1925 gegründeten SIEDLUNGSVERBAND NEUE HEIMAT e.G.m.b.H. übergegangen war. Das Signet dieses Verbandes (vgl. Abb. 56) zeigte im übrigen das an der Arnold-Knoblauch-Straße zu diesem Zeitpunkt gebaute Leibbild einer „Neuen Heimat“.

Die Satzung des Siedlungsverbandes vom 30 Juli 1925⁽⁹⁾ formulierte die Ziele des gebildeten Unternehmens u.a. mit:

- Beschaffung von billigem Gelände zu Gartenland- und Ackerzwecken sowie zur Errichtung von Kleinwohnungen für bestehende Genossenschaften (gemeint

ist sicher die ursprüngliche Siedlungsgenossenschaft Südost - d.V.) und Einzelmitglieder;

- Beschaffung von Baugeldern;
- Herstellung von Kleinwohnungen und sonstigen Bauausführungen im Rahmen des Siedlungsbaus in eigener Regie unter weitestgehender Heranziehung zur Selbsthilfe;
- Ansammlung von Spargeldern der Mitglieder.

Der Zweck der gebildeten Gesellschaft sollte ausschließlich sein, minderbemittelten Familien und Personen gesunde und zweckmäßige Wohnungen zu billigen Preisen zu verschaffen.

Die Bereitstellung von Kleinwohnungen galt im übrigen laut Reichsgesetzgebung im damaligen Deutschland als Tatbestand für „Gemeinnützigkeit“⁽¹⁰⁾.

Der Siedlungsverband „Neue Heimat“ errichtete bis 1929 insgesamt 117 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, wobei er laut III. Steuernotverordnung des Reiches vom 14.2.1924 sogen. „Hauszinssteuermittel“ verwenden konnte.

Diese Mittel für die Bereitstellung von Wohnungsbaukapital aus der öffentlichen Hand wurden aus der ab 1.4.1924 allgemein zu zahlenden Geldentwertungsausgleichssteuer auf bebauten Grundbesitz gewonnen. Die Vergabe eines Teils der in den Kommunen eingenommenen Mittel verfügte die Stadtverordnetenversammlung und band diese oft an die Verwendung für bewährte und genormte Wohnungsbautypen. In Magdeburg bewegte sich eine solche Summe pro Wohnung zwischen 1925 und 1930 bei ca. 3000 - 4000 RM und betraf in der Regel Wohnungen mit weniger als 70 qm. 1924 standen z.B. fast 3 Millionen RM zur Verfügung, wobei Beihilfen von 4000 - 6000 RM gezahlt werden konnten⁽¹¹⁾.

Über diese direkte Mittelbereitstellung hinaus konnten auf vermitteltem Wege über den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds weitere Hauszinssteuermittel in Anspruch genommen werden, weil ein Teil der Hauszinssteuereinnahmen vom Staat einbehalten wurde und nach seinem Dafürhalten an die Städte zur Verwendung für gezielte Wohnungsbauförderung zurückflossen. Das traf auch in Magdeburg zu, wo z.B. 1927 ca. 500 000 RM aus diesem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds verteilt werden konnten⁽¹²⁾.

Diese auf der städtischen Ebene verfügbaren Mittel aus Hauszinssteuer und Wohnungsfürsorgefonds wurden durch die Genossenschaften für ihre Bauvorhaben in Magdeburg-Südost konkret in Anspruch genommen.

Am 10. April 1924 beantragte die Mitteldeutsche Heimstätte Wohnungsfürsorgegesellschaft m.b.H. für die Siedlungsgenossenschaft Südost eine Hypothek auf die 2. Preußische Steuernotverordnung über 4000 RM pro

Wohnung, so daß die bereits beschriebenen Baukosten über 6500 RM für ein Einzelhaus mit Stallgebäude an der Arnold-Knoblach-Straße mit 4000 RM über diese sogen. II. Preußische Hypothek, mit 2000 RM über eine 1. Hypothek sowie unter Beteiligung eines Siedlergenossen in Höhe von 500 RM finanziert wurde⁽¹³⁾.

Eine Tagung des Unterausschusses der städtischen Kleinwohnungskommission bewilligte am 11. Januar 1927 dem Siedlungsverband „Neue Heimat“ je 3000 RM pro Wohnung aus dem besagten staatlichen Wohnungsfürsorgefonds⁽¹⁴⁾.

Für die 1930 durch den Siedlungsverband „Neue Heimat“ realisierten 72 Mittel- und Kleinwohnungen an der Saalfelder und Geraer Straße und als Lückenbebauung an der Gothaer und Weimarer Straße (gemeint sind das Torhaus mit der Bäckerei und das Eckgebäude mit dem Konsum) stellte die Stadt exakt 72 Hauszinssteuerhypotheken gemäß der II. Preußischen Steuernotverordnung zur Verfügung. Die notwendige I. Hypothek bewilligten die Magdeburger Stadtparkasse und das städtische Wohlfahrtsamt⁽¹⁵⁾.

Neben dem bereits 1925 gebildeten Siedlungsverband „Neue Heimat“ agierte bis zum Jahre 1929, wo ein entsprechender Zusammenschluß unter selbigem Namen erfolgte⁽¹⁶⁾, eine weitere Wohnungsbaugenossenschaft in Magdeburg-Südost: die Siedlungsgenossenschaft der Kriegsoffer oder exakter die „Siedlungsgenossenschaft des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen / Ortsgruppe Magdeburg“.

Diese im Verein mit dem Siedlungsverband „Neue Heimat“ und in Kooperation mit der Mitteldeutschen Heimstätte tätige Genossenschaft gründete sich auf eine noch während des I. Weltkrieges entstandene Heimstättenbewegung, die am 20. März 1915 Adolf DAMASCHKE zum Vorsitzenden des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten bestellte. Eine entsprechende juristische Regelung kam erst im Mai 1920 mit dem Reichsheimstättengesetz zustande, das eine „Heimstätte“ als Einfamilienhaus mit Nutzgarten definierte, zu deren Bewirtschaftung eine solche Familie keiner ständigen Arbeitskraft bedurfte⁽¹⁷⁾. In der Regel richteten sich diese Wohnungskonzepte an Kriegsbeschädigte, Witwen und kinderreiche Familien, für die vor allem die Kommunen angehalten waren, entsprechendes Bauland auszuweisen bzw. in Bauordnungen eine dementsprechende Bebaubarkeit von geeigneten Flächen zu regeln.

Solche Bedingungen fand die Siedlungsgenossenschaft für Kriegsoffer in Magdeburg-Südost vor, so daß für ihre Adressaten die Reihenhäuser mit Zollingerdach an Gothaer und Welsleber Straße sowie die Reihenhäuser an Jenaer und Koburger Straße errichtet wurden.

Bleibt zu erwähnen, daß der 1929 gebildete gemeinsame Siedlungsverband „Neue Heimat“ e.G.m.b.H. von

seinen insgesamt 132 Einfamilienhäusern ca. 60 an Mitglieder der Genossenschaften verkaufte und aufließ. Die entsprechenden Planungskonzepte waren im Kapitel 2.2.3. (vgl. auch Abb. 42) schon vorgestellt worden.

Die Mitgliederzahl der Genossenschaft erhöhte sich von 81 im Jahre 1927 auf 371 im Jahre 1930⁽¹⁸⁾.

Für das komplizierte Jahr 1931 sahen die Finanzierungsaussichten für die geplanten Bauvorhaben nicht mehr so günstig aus, weil die bereits bewilligten 29 Hauszinssteuerhypotheken durch die Richtlinien der Reichsregierung auf die Hälfte herabgesetzt worden waren, so daß nur noch Spargrundrisse konzipiert werden konnten.

Ein Kommentar des Direktors des Magdeburger Fürsorgeamtes für Wohnungsbau der Stadt, Max ENGERS in einem Artikel zur 7. Tagung des DEWOG-Revisionsverbandes 1930 in Magdeburg zu dieser Problematik lautete: „... Magdeburg kann bei einem Fehlbedarf von rund 6000 Wohnungen in absehbarer Zeit nicht aus der Wohnungsnot herauskommen, wenn die Pläne der Reichsregierung (gemeint ist die Brüning-Regierung - d.V.) Wirklichkeit werden. Eine Verkürzung unseres Jahresprogrammes von annähernd 2000 auf etwa 1000 Wohnungen, die dann droht, bedeutet, daß auf absehbare Zeit hinaus knapp der jährlich neu entstehende Wohnungsbedarf bestritten werden kann“⁽¹⁹⁾. Unter diesem Vorzeichen stand schließlich die Entwicklung des Wohnungsbaus in Magdeburg vor und nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, wie das auch bei den Bauetappen im untersuchten Siedlungsbereich Südost zu erkennen war.

3.2. RAPIDBALKEN UND ZOLLBAUWEISE

Die Vergabe von öffentlichen Geldern in Form der erörterten Hauszinssteuermittel und die Realisierung einer möglichst großen Zahl von kostengünstigen Wohnungen erforderten prinzipielle Überlegungen zur bautechnologischen Entwicklung des Kleinwohnungsbaus.

Während andernorts in Magdeburg zwar in großer Stückzahl und auf relativ umfänglichen Baustellen die meisten Wohnungen in traditioneller Ziegelbauweise mit Holzbalkendecken und Flach- bzw. Steildachkonstruktionen errichtet wurden, fanden sich in Westerhüsen zwei interessante und innovative Momente bautechnologischer Entwicklung, die es zulassen, den Magdeburger Wohnungsbau mit anderen Städten in Deutschland und von dort bekannten Beispielen des experimentellen Wohnungsbaus der 20er Jahre zu vergleichen.

Vor allem über das Wirken solcher regional agierenden Organisationen, wie der Mitteldeutschen Heimstätte Wohnungsfürsorgegesellschaft Magdeburg m.b.H. und durch die Erfahrungen der im Stadterweiterungsamt tätigen Personen in überregionalen Gremien zur Bauforschung und Bauweisenentwicklung fanden aktuelle Erkenntnisse und Baumethoden Eingang in konkrete



57 Jenaer Straße 1994

ger Wohnungs- und Kommunalbaus seit Beginn seiner Amtszeit bemüht. In einem 1926 veröffentlichten Beitrag zur Normung und Typisierung als Mittel zur rationellen Betriebsführung⁽²⁰⁾, hatte er auf die Stellung der öffentlichen Verwaltung und ihrer Interessenlagen im Bezug auf die Einführung von Baunormen im Sinne effektiver Arbeitsmethoden und als Instrumentarium für die Auseinandersetzung mit Baubetrieben und Wohnungsunternehmen hingewiesen. Das Problem bestand darin, bei der 1926 zu konstatierenden wachsenden Zahl von Bauaufträgen, welche die Stadt zu vergeben bzw. zu vermitteln hatte, sich als Verwaltung ein entsprechendes Repertoire an Bauvorschriften und Typenvorschlägen für Grundrisse und Gebäudedetails zuzulegen, nach denen gerech-

Gebäudekonzepte und angewandte technologische Verfahren vor Ort.

Insbesondere der Stadtbaurat und zuständige Dezerent, Johannes GÖDERITZ, hatte sich um die Architekturkonzepte und Bauweisenentwicklung des Magdebur-

net und entschieden werden konnte.

Diese durchaus als wissenschaftlich verstandenen Methoden sah GÖDERITZ im Sinne einer wirtschaftlich durchzuführenden Kontrolle durch seine Ämter und im Bezug auf die notwendigerweise niedrig zu haltenden



58 Gartenseite Jenaer Straße 1927



59 Baustelle Jenaer Straße 1926

Baukosten für Kleinwohnungen, die in der Regel mit durch ihn zu verteilenden Geldern errichtet wurden.

Unter den Fachleuten zur Stadterweiterungsplanung und Wohnungsbauentwicklung der 20er Jahre hatte sich eine solche Herangehensweise allgemein herausgebildet und wurde in der 1926 durch den Reichsarbeitsminister gegründeten REICHSFORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTLICHKEIT IM BAU- UND WOHNUNGSWESEN vertreten, deren Mitglied Johannes GÖDERITZ von Anbeginn war.

Über die Bauberatung durch das Stadterweiterungsamt - hier hatten sich vor allem Conrad RÜHL und Gerhard GAUGER qualifiziert - wurde solches Gedankengut u.a. auch bei der Konzeption von Bebauungsstrukturen und Gebäudetypen für den Siedlungsbereich an der Welsleber Straße wirksam. Ein direkter Zusammenhang zwischen städtebaulichen Vorgaben und einem dahinterstehenden Haustyp kann man dabei an der Welsleber, Gothaer, Jenaer und Koburger Straße erkennen, wo sich zwei interessante bautechnologische Besonderheiten

der Reihenhausbebauung nachweisen ließen, die bei näherem Hinsehen wirklich auf der „Höhe der Zeit“ lagen und für die zuständige Stadtverwaltung als Beispiel für entsprechende Argumentationen dienen. Sie sollen im folgenden genauer beschrieben und ausführlich illustriert werden:

Der Rapid-Deckenbalken und die Großbaustelle Jenaer Straße

Der heutigen Erscheinung dieser Straße (vgl. Abb. 57) ist es kaum noch anzusehen, daß sich hinter den sachlichen und reichlich heruntergekommenen einfachen Fassaden der zweigeschossigen Flachdachzeile ein Resultat spezifischer technologischer Neuheiten zur Entstehungszeit verbirgt. Erst ein Foto aus dem Jahr 1927 (vgl. Abb. 58), das die Rückfront der Gebäudezeile noch als in der Fertigstellung begriffene Baustelle wiedergibt, deutet darauf hin, daß man der Herstellung dieser Häuser im Stadterweiterungsamt, wo auch die Entwürfe gemacht worden waren, besondere Aufmerksamkeit schenkte. Offenbar im Winter zuvor - also 1926/

60 *Deckenmontage*

27 - war der Fotograf der Lichtbildnerei des Stadterweiterungsamtes mehrmals nach Westerhüsen gekommen, um den Fortschritt auf einer größeren, nach neuesten Erkenntnissen organisierten Baustelle zu dokumentieren.

Seine Fotos belegen, daß die Keller- und die tragenden Querwände der zweigeschossigen, 6m breiten Reihenhäuser aus größerformatigen Steinen gefertigt wurden (vgl. Abb. 59) und daß sowohl die Keller- als auch die Geschoßdecken von einem mobilen Kran auf der Baustelle montiert wurden (vgl. Abb. 60).

Ein Foto hielt auch die offenbar am Rande des Bauplatzes eingerichtete Fertigungsanlage für jene per Kran montierten, die gesamte Gebäudebreite messenden Deckenbalken fest.

Diese als „Rapidbalkendecke“ in den Bauakten (vgl. Abb. 62) vermerkte Deckenkonstruktion wurde aus Eisenbeton gefertigt, in den jeweils tragenden Querwänden eingespannt und enthielt zur Verringerung des Gewichtes im freitragenden Mittelteil entsprechende Hohlräume.

Eine Stahlbetonkonstruktion hatte also die üblicherweise verwendeten Holzbalken abgelöst. Die im Winter aufgenommenen Baustellenbilder

61 *Balkenproduktion vor Ort*

Baubeschreibung

zum Neubau ²⁰¹² eines ~~4~~ *Einfamilien Reiherr*-häuses nach Typ *St. E. H.*
 und eines ~~mit angebauten Ställen~~ nach Typ
 Siedlungs-Verband
 für „*Neue Heimat*“ in *an der Jenaerstraße*.
 Magdeburg, e. G. m. b. H.

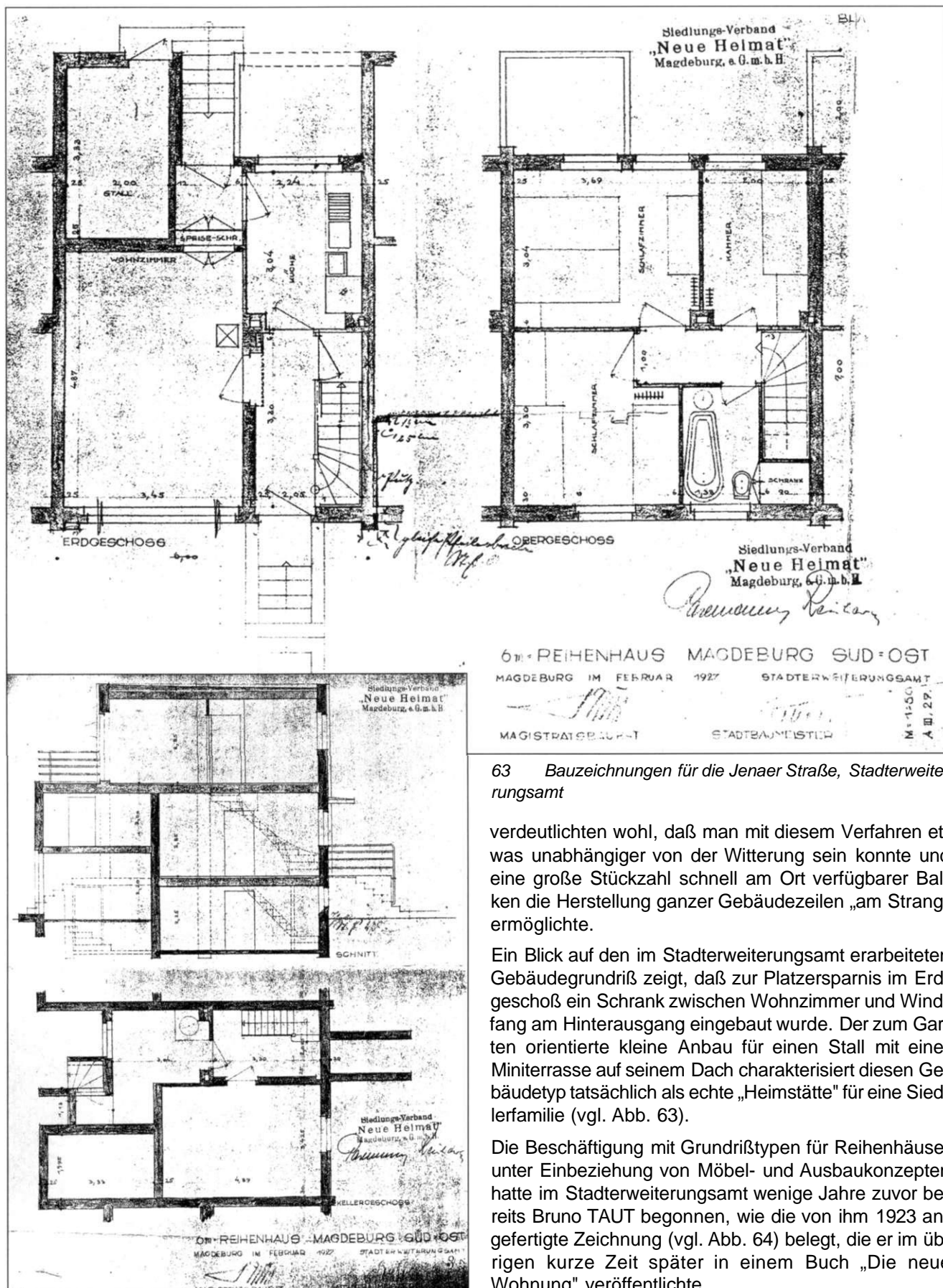
A. Wohnhaus.

- | | |
|--|--|
| 1. Fundamente | a) Aus Beton gestampft,
b) Aus Mauerwerk in Kalkmörtel |
| 2. Ringmauern des Kellergeschosses | a) Aus Beton gestampft , <i>hohlblocksteinen</i> .
b) Aus Bruchsteinmauerwerk in Kalkmörtel
c) wie vor, jedoch mit Ziegelsteinhintermauerung
d) Aus Ziegelvollmauerwerk |
| 3. Ringmauern des Erd- (u. Ober)geschosses | Aus 30 cm starkem Ziegelsparmauerwerk in Kalkmörtel mit Bindersteinen bzw. Drahtankern |
| 4. Innenmauern | Ziegelmauerwerk in Kalkmörtel |
| 5. Isolierung | Isolierschicht aus Asphaltpappe eine Schicht über Kellerfußboden für alle Mauern, für die Außenmauern außerdem 3 Schichten über Terrain, Goudronanstrich unter Terrain |
| 6. Kellerdecke | Massiv als Fundamentdecke zwischen I-Trägern evtl. mit Eiseneinlagen <i>Rapidebalkendecke</i> |
| 7. Geschoßdecken | <i>wie vor</i>
Holzbalkendecken mit Einschub und Lehmauftrag |
| 8. Dachdeckung | <i>Hohlisolierung auf Rapidebalken u. Pappdecke</i>
a) Krempziegel
b) holländische Pfannen,
c) Biberschwänze (Doppeldach, Kronendach),
d) Zementfalzziegel,
e) Schiefer |
| 9. Innenputz | Wohnräume glatter Wandputz aus Kalkmörtel. Decken geschalt, gerohrt und geputzt. Keller und Bodenräume berappt und geweißt |
| 10. Außenputz | Hydraulischer Kalkmörtel mit Anstrich |
| 11. Fußboden: | |
| Keller | a) Betonfußboden, b) Ziegelflächenschicht |
| Wohnräume | Hobeldielen |
| Dachboden | Rauhputz |
| 12. Geschoßtreppen | Eingestemmte Holztreppe nach D I Norm. |
| 13. Fenster und Türen | nach D I Norm. |
| 14. Heizung | Ofenheizung |
| 15. Innenanstrich | a) Leimfarben, b) Kalkfarbe |
| 16. Wasserentnahme | a) Brunnen aus Zementringen
b) Wasserleitung |
| 17. Abwässerbeseitigung | a) Grube , b) Kanalanschluß |
| 18. Hauptgesims | a) massiv, b) Holz |

B. Stall.

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Fundamente und Mauerwerk | wie A 1 — A 4 |
| 2. Fußboden | wie A 11
Stallboden: a) Cementestrich, b) Strohflüestrich |
| 3. Decken | wie A 6 |
| 4. Putz | Rapputz geweißt |
| 5. Dachdeckung | wie A 8 Pappdach |
| 6. Fenster | nach D I Norm. |
| 7. Türen | Brettertüren |
| 8. Außenputz | wie A 10 |
| 9. Abwässerbeseitigung | Jauchegrube |

Siedlungs-Verband
 „*Neue Heimat*“
 Magdeburg, e. G. m. b. H.

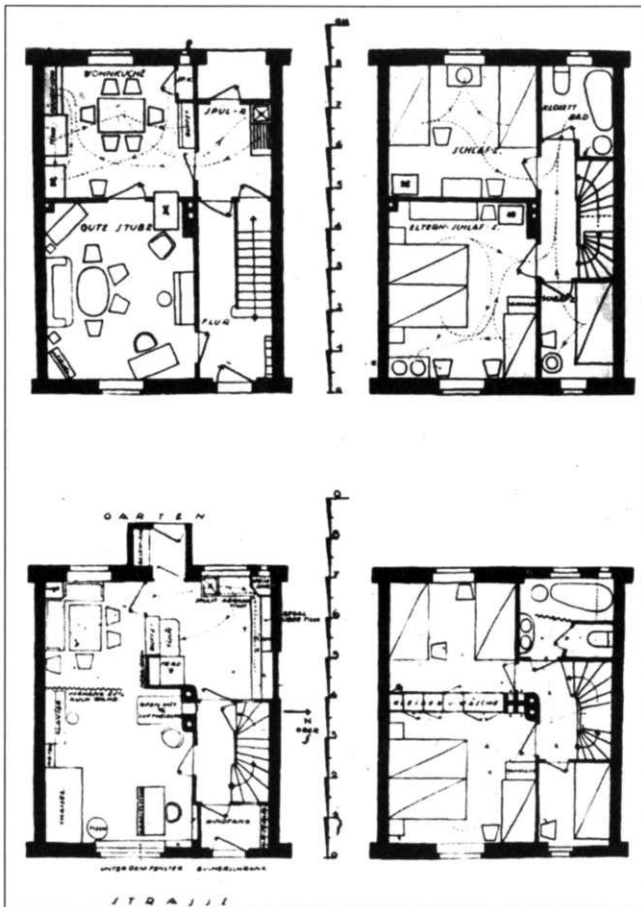


63 Bauzeichnungen für die Jenaer Straße, Stadterweiterungsamt

verdeutlichten wohl, daß man mit diesem Verfahren etwas unabhängiger von der Witterung sein konnte und eine große Stückzahl schnell am Ort verfügbarer Balken die Herstellung ganzer Gebäudezeilen „am Strang“ ermöglichte.

Ein Blick auf den im Stadterweiterungsamt erarbeiteten Gebäudegrundriß zeigt, daß zur Platzersparnis im Erdgeschoß ein Schrank zwischen Wohnzimmer und Windfang am Hinterausgang eingebaut wurde. Der zum Garten orientierte kleine Anbau für einen Stall mit einer Miniterrasse auf seinem Dach charakterisiert diesen Gebäudetyp tatsächlich als echte „Heimstätte“ für eine Siedlerfamilie (vgl. Abb. 63).

Die Beschäftigung mit Grundrißtypen für Reihenhäuser unter Einbeziehung von Möbel- und Ausbaukonzepten hatte im Stadterweiterungsamt wenige Jahre zuvor bereits Bruno TAUT begonnen, wie die von ihm 1923 angefertigte Zeichnung (vgl. Abb. 64) belegt, die er im übrigen kurze Zeit später in einem Buch „Die neue Wohnung“ veröffentlichte.



64 Grundrißstudie von Bruno TAUT, 1923

Zwei vergleichbare Beispiele zur Errichtung von Reihenhaustypen mit industrialisierten Baumethoden auf größeren Baustellen, die ebenfalls im mitteldeutschen Raum angesiedelt waren, lassen sich in DESSAU, wo Walter GROPIUS die Versuchssiedlung TÖRTEN konzipierte, und in BAD DÜRRENBURG bei Merseburg, wo der Architekt Alexander KLEIN eine Siedlung für die Merseburger Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft errichtet hatte, finden.

Sowohl GROPIUS, als auch Alexander KLEIN gehörten zu den führenden Köpfen der bereits erwähnten Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen (Kurz: RFG). Neben Johannes GÖDERITZ waren dort aus dem Raum Magdeburg noch Johann SCHIMPF aus den Förderstedter Kalk- und Zementkalkwerken und ein Gustav FERL, Bezirksparatesekretär der SPD, eingetragene Mitglieder⁽²¹⁾.

Die 1926 auf Beschluß des Reichstages mit 10 Millionen Reichsmark ausgestattete Gesellschaft hatte zum Ziel, jene Mittel und Wege zu untersuchen und praktisch zu fördern, die zur Verbesserung und zur Verbilligung des Bau- und Wohnungswesens führen konnten. Hierzu sollte sie theoretische Arbeiten leisten und praktische Versuche unternehmen⁽²²⁾.

Deshalb beschäftigten sich ihre zahlreichen namhaften Mitglieder in verschiedenen Ausschüssen (Gelände, Bauweisen, Wohnungstypen, Küchen, Betriebsführung), veranstalteten Tagungen, verfaßten Mitteilungen und verbreiteten auf diese Weise Erkenntnisse und technisches know how. Gleichzeitig unterstützte die RFG in verschiedenen Städten Versuchssiedlungen.

Der bekannte Architekt und Bauhausdirektor Walter GROPIUS zeichnete für eine solche Versuchssiedlung in Dessau-Törten verantwortlich, wo vor allem für die Ausschüsse „Betonbauweisen“ und „Baubetriebe“ der RFG Erkenntnisse gewonnen werden sollten. Ziel dieser Versuchssiedlung war die Errichtung von 256 Reihenhäusern, in denen Vergleiche zu verschiedenen Konstruktionsprinzipien, zum Serienbau und zur Verwendung von Baumaschinen vorzunehmen waren. Die RFG stellte hierfür einen Etat über 300 000 RM zu Verfügung.

In der von der Stadt Dessau beauftragten Siedlung wurden den Magdeburger Häusern an der Jenaer Straße durchaus vergleichbare Reihenhaustypen mit einer ebenfalls sehr sachlich gestalteten Architektur realisiert (vgl. Abb. 68 u. 69).

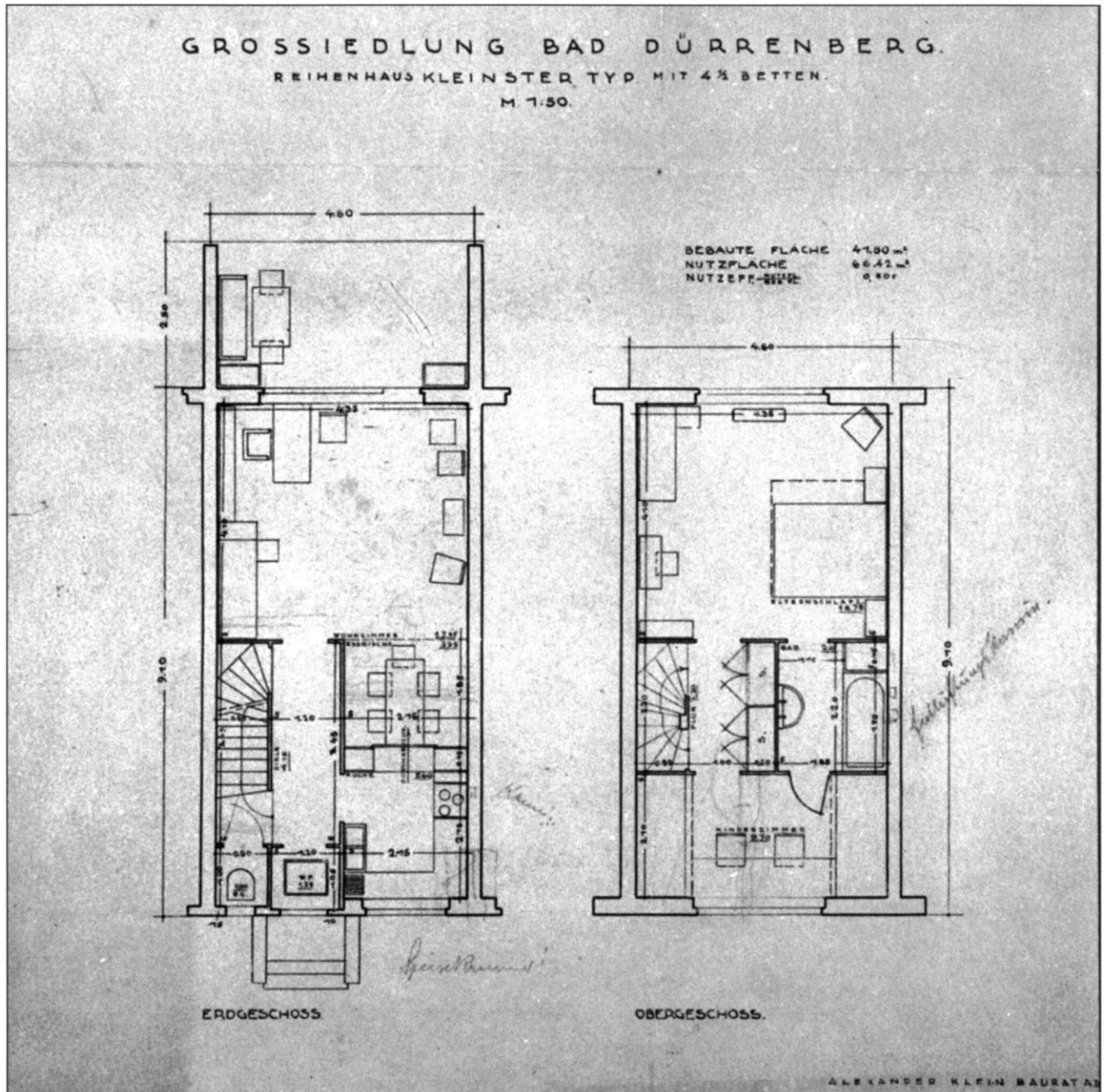
Außerdem kam der frei von Brandwand zu Brandwand gespannte Betonrapidbalken zum Einsatz, der ohne Zwischenfüllung, Balken neben Balken verlegt werden konnte⁽²³⁾.

Unter der Rubrik „Baumaschinen“ wurde die zur Produktion der Rapidbalken notwendige Fertigungsanlage auf der Baustelle und deren Arbeitsweise bzw. -tempo analysiert, in einem Forschungsbericht⁽²⁴⁾ und sogar in einem Film festgehalten, aus dem die hier wiedergegebene Sequenz (vgl. Abb. 70) stammt. Außerdem gab es detaillierte Beschreibungen der gesamten Baustelle, die für die Rapidbalkenfabrikation am Ort verfügbare Kiesvorkommen ausnutzte.

Es steht zu vermuten, daß ein solches Standortpotential auf der Baustelle an der Jenaer Straße ebenfalls zur Verfügung stand und ausgenutzt werden konnte, denkt man an die Besitztümer von „Kies-Meinecke“ in Westerhüsen.

Der Architekt Alexander KLEIN gehörte zu den „Grundrißwissenschaftlern“ der RFG. In verschiedenen Publikationen hat er Studien zur rationellen Grundrißgestaltung, zu Ganglinienuntersuchungen im Bezug auf die Anordnung von Räumen und Möbeln, zu optimierten Fensteranordnungen und zu Systemlösungen für Einbaumöbel vorgestellt, die auf ein von ihm entwickeltes Prinzip des sogen. „Kammergrundrisses“ hinwiesen⁽²⁵⁾.

Die praktische Umsetzung seiner Ideen findet sich in der 1929 von ihm realisierten Siedlung in Bad Dürrenberg, wo ähnlich wie in Westerhüsen u.a. kleine Reihenhäuser mit Grundrißstrukturen angeordnet wurden,



65 Grundriß von A. KLEIN für Bad Dürrenberg

die neben Trennwänden auch ein Möbelsystem in die Raumbildung einbezogen, um Platz zu sparen und die kleinen Räume optimaler zu nutzen (vgl. Abb. 65-67).

Bleibt zu erwähnen, daß sich Alexander KLEIN eines speziellen Schüttbetonverfahrens für die Wand- und Deckenkonstruktionen bediente, was von dem Merseburger Stadtbau rat Fritz ZOLLINGER entwickelt worden war.

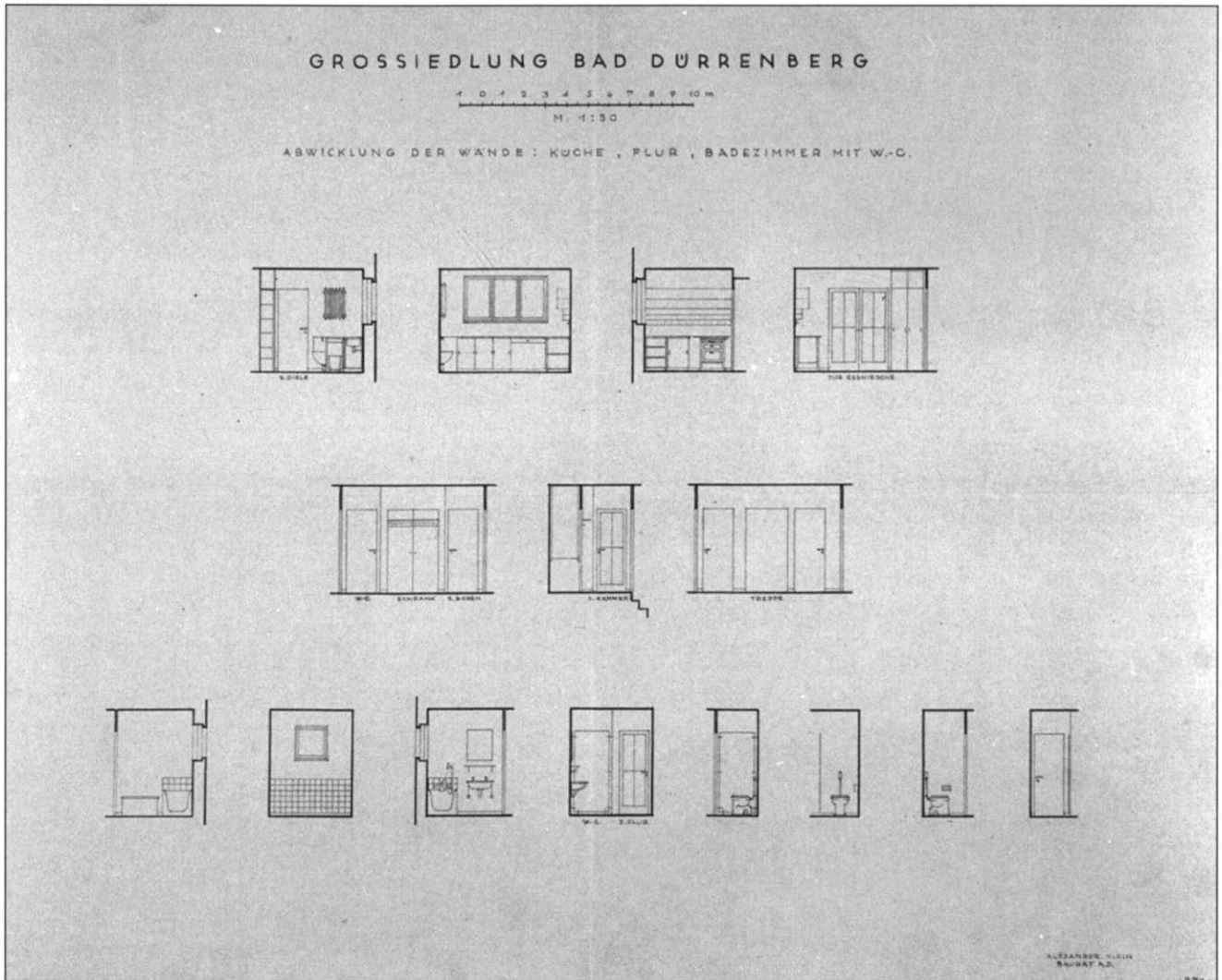
Die Zollinger-Bauweise

Die Siedlungsgenossenschaft Magdeburg Südost baute 1923-24 auf eigenem Gelände an der Arnold-Knoblauch-Straße eine Siedlung (vgl. Abb. 71), wo sie sich

bei der Ausführung der Häuser des sogen. „Zollinger-schen Schüttverfahrens“ sowie der „Zollinger-Lamellendächer“ bediente, die es ihr ermöglichten, die Siedlungsgenossen für verschiedene Arbeiten mit heranzuziehen.

Fundamente und Kellerwände sowie die Kellerdecke wurden aus Kiesbeton hergestellt, weiter waren die Häuser gemauert und mit nachträglich gestrichenem Kalkmörtel verputzt. Das Zoll-Lamellendach wurde mit einer Biberschwanzkronendeckung ausgelegt.

Da im Stadtgebiet oder auch in der unmittelbaren Umgebung der entstehenden Siedlung allenthalben geeigneter Betonkies anstand, konnte sicher das Schüttver-



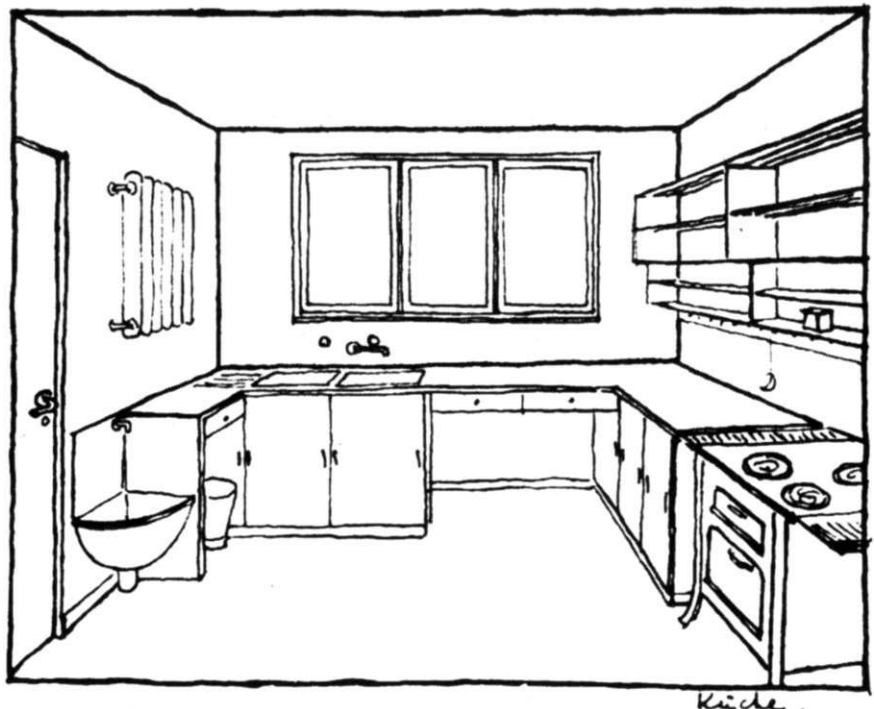
66 Wandabwicklung (A. KLEIN)

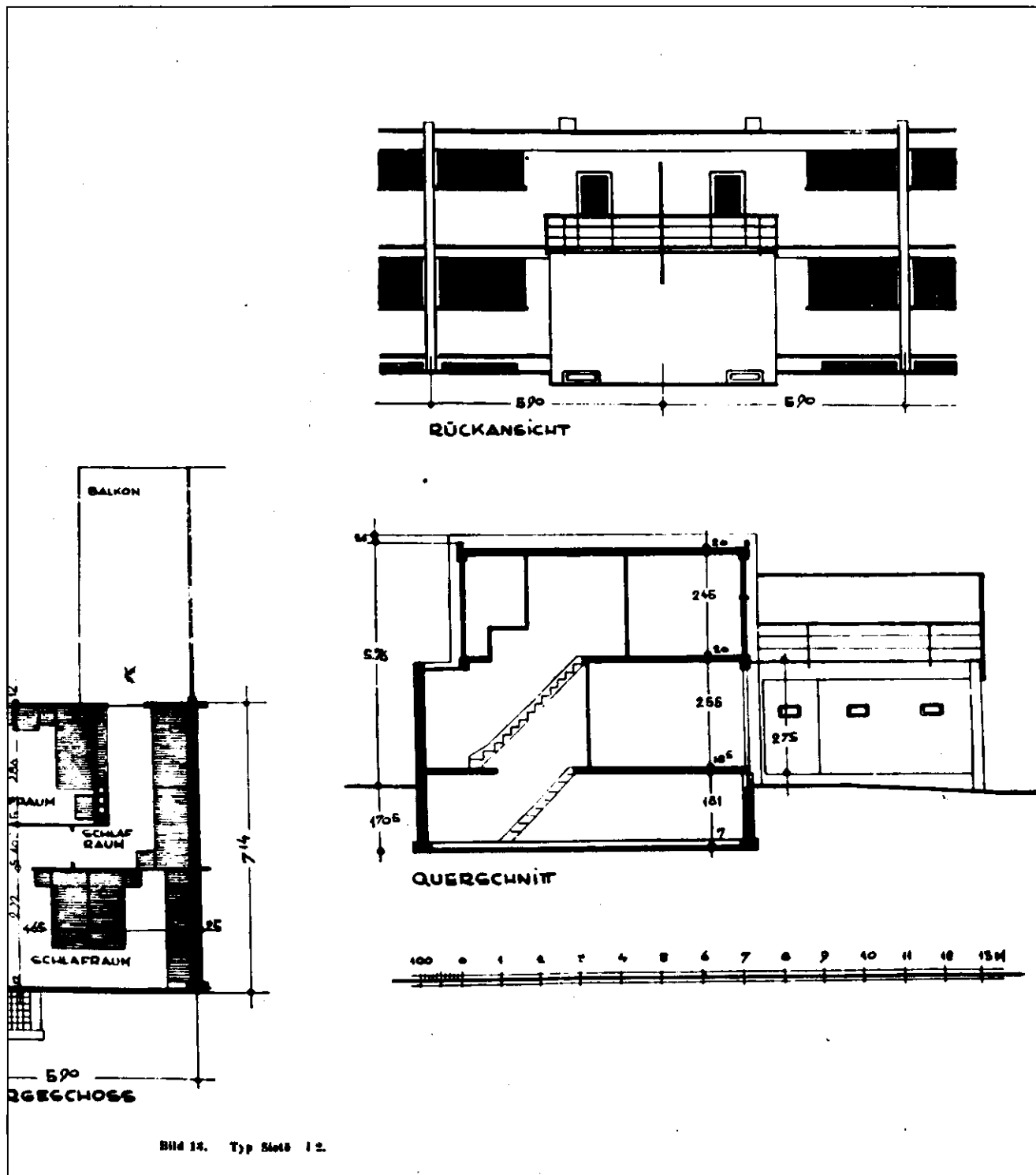
67 Einbauküche (A. KLEIN)

fahren angewendet werden. Hiermit verbanden sich gewiß auch die bei der beschriebenen Kostenkalkulation so deklarierten „vorhandenen Baumaterialien“.

Die notwendigen Bauarbeiten erforderten wenig Qualifikation und kaum weitere Materialien. Der Beton wurde gestampft, eine besondere Bewehrung im Bereich der Kellerwände war ohnehin nicht erforderlich.

Die Bauarbeiten der Siedlungsgenossenschaft Südost wurden dabei von der „Mitteldeutschen Heimstätte“ unterstützt, die zwei Jahre spä-





68 *Reihenhaustyp in Dessau-Törten (W. GROPIUS)*

ter gemeinsam mit der Genossenschaft des Reichsbundes der Kriegssopfer an der Welsleber (vgl. Abb. 72) und Gothaer Straße die gleichen Haustypen, allerdings nach dem üblichen Verfahren der Vergabe von Bauarbeiten an qualifizierte Firmen, realisierte.

Das Zollingerdach gehörte offenbar zum Markenzeichen der Mitteldeutschen Heimstätte, die z.B. auch eine Ge-

bäudezeile in Magdeburg am Schroteanger mit dieser Bauweise errichtete (vgl. Abb. 73).

Nicht von ungefähr führte die Wohnungsfürsorgegesellschaft mit einer „mitteldeutschen“ Identität ein spezielles Bauverfahren in Magdeburg ein, das ebenfalls in Mitteldeutschland von Fritz ZOLLINGER entwickelt worden war. Dieser wurde 1918 zum Stadtbaurat in Merseburg

Rechts:
69 Reihenhaus in Törten, 1993



Unten:
70 Baustelle
in der Versuchssiedlung Dessau-Törten

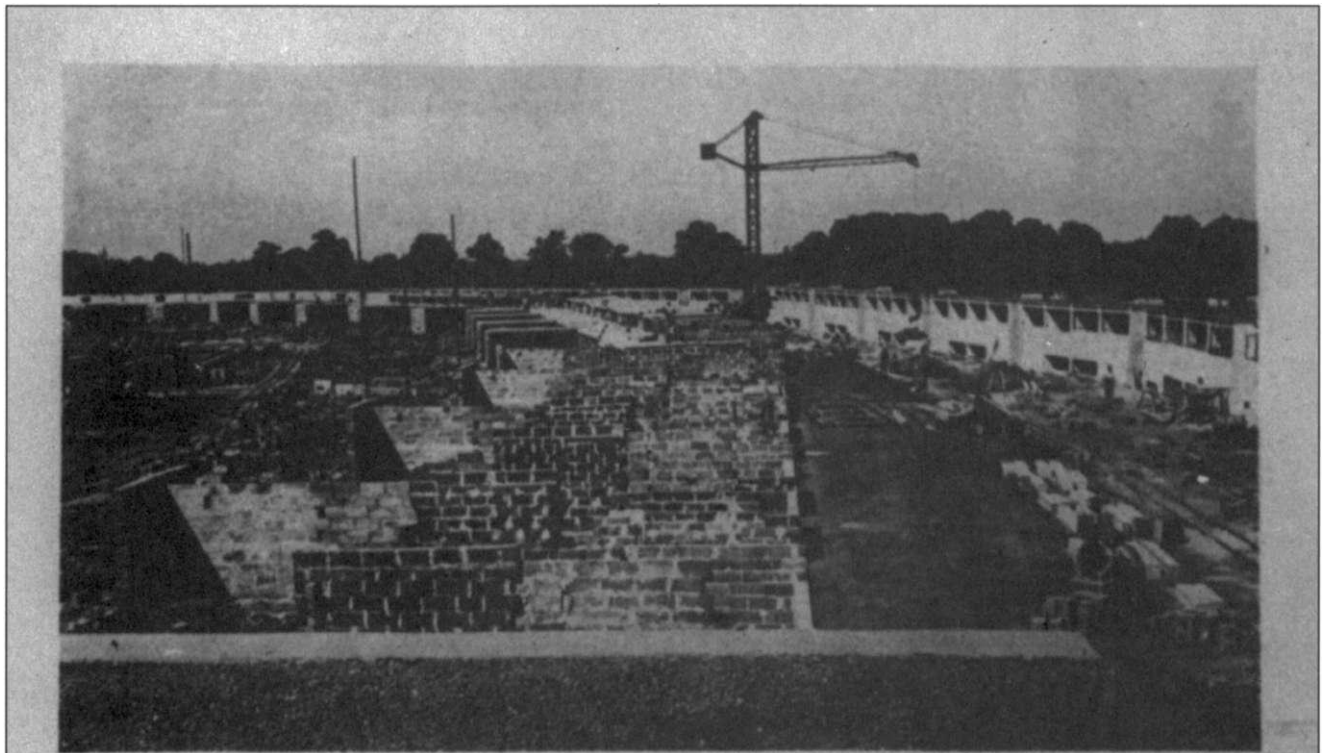


Bild 126. Zeitreihe der Gruppe 8 (Beginn des Verlegens der Kellergeschoßdecke).
Stand der Arbeit am 13. 7. 1928.



71 Dächer der Arnold-Knoblauch-Straße, 1994



72 Welsleber Straße, 1927